

## Schulter an Schulter

### SS-Veteranen in Lettland und BRD-Behörden Hand in Hand

*Hans Daniel*

Professor Heinrich Fink, Vorsitzender des Bundes der Antifaschisten (Dachverband), wartet auf Post aus Bonn. Genauer, auf Post von Bundesaußenminister Klaus Kinkel. Dem hat er am 6. Juli einen Brief geschrieben: »... wie auch Ihnen bekannt sein wird, hat das Parlament der Republik Lettland am 17. Juni 1998 das >Gesetz über Feiertage und Gedenktage< angenommen. In diesem Gesetz wird der 16. März als >Tag des Gedenkens des lettischen Kriegers< festgelegt. Durch das Inkrafttreten dieses Gesetzes werden die Angehörigen der lettischen SS-Verbände, die im Zweiten Weltkrieg maßgeblich am Massenmord an Juden, Russen, Weißrussen und Letten beteiligt waren und die sich ungeheurer Verbrechen gegen die Menschlichkeit schuldig gemacht haben, geehrt und offiziell in die staatliche Traditionspflege der Lettischen Republik aufgenommen ...«

Finks Frage an Kinkel: »Wurde durch die Bundesrepublik Deutschland bereits bei der Republik Lettland diplomatisch gegen diesen Schritt interveniert?« Finks Forderung: »Wir bitten Sie dringlichst, Herr Außenminister, Ihren diplomatischen Einfluß geltend zu machen, damit dieses Gesetz in der Republik Lettland nicht in Kraft tritt.«

Heinrich Fink wird sich in Geduld fassen müssen. Nicht, daß Kinkel Zeit brauchte, die Angelegenheit zu prüfen. Sie war ihm durch eine Verlautbarung der Berliner Botschaft des Außenministeriums der Russischen Föderation schon mindestens seit dem 24. Juni bekannt. An diesem Tag war von dort über das lettische Gesetz informiert worden. »Man könnte denken«, so war in der Mitteilung zu lesen, »daß da eine edelmütige Entscheidung getroffen worden ist.« In Wirklichkeit gehe es darum, dem Tag der verbrecherischen Legion der lettischen Waffen-SS einen offiziellen feierlichen Status zu verleihen. »Künftig wird also auf Staatsebene feierlich derer gedacht, durch deren Hände Zehntausende von Juden, Russen und Weißrussen vernichtet wurden.« Das Außenministerium spricht von einer Herausforderung nicht nur gegenüber der eigenen Bevölkerung, sondern auch gegenüber der Weltgemeinschaft, »die erst vor kurzem die erhöhte Aufmerksamkeit der lettischen Behörden gegenüber den faschistischen Handlangern entschieden verurteilt hat«.

### SS-Kundgebung in Riga

Was hier mit »erhöhter Aufmerksamkeit der lettischen Behörden« umschrieben ist, war in der Realität ein Aufmarsch von etwa 600 SS-Veteranen im Herzen Rigas anläßlich des traditionellen Treffens der »Legion«, einer Division von Letten, die im Solde der faschistischen Wehrmacht gekämpft hatten, am 15. und 16. März dieses Jahres. Der Aufmarsch endete mit einer Kranzniederlegung am »Freiheitsdenkmal«, was keineswegs den Kämpfern gegen die faschistischen Okkupanten gewidmet ist. (Als Kinkels Amtsvorgänger Hans Dietrich Genscher im Herbst 1991, unmittelbar nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen der BRD zu Lettland, in Riga weilte, hatte auch er dort ein Gebinde niedergelegt.) Zu den prominenten Teilnehmern des Märzaufmarsches gehörten u. a. Generalstabschef Juris Dalbin, der Befehlshaber der Marine und der Vizepräsident des lettischen Parlaments, der Seima. Das war also keineswegs eine Veranstaltung irgendwelcher »Einzeltäter«.

Das war, wenngleich Generalstabschef Dalbin unter dem Eindruck internationaler Proteste wenig später zurücktreten mußte, schon eine offizielle Angelegenheit – nur eben noch nicht gesetzlich sanktioniert. Das ist nun durch das Gesetz über den »Tag des Gedenkens der lettischen Krieger« vom 17. Juni geschehen. Damit ist in Lettland Himmlers »Stoßtrupp für ein neues Europa« mit allem staatlichen Segen von der Leine los. Zum »Freiheitsdenkmal« auch noch der Feiertag. Roland Kovtunenko, Chef der »Falken der Daugava« (die Daugava ist ein Fluß, der durch Riga fließt), des Traditionsvereins der ehemaligen SS-Kämpfer, ist zufrieden. Er sieht sich sein Ziel ein großes Stück näher, daß alle 140.000 Letten, die in den Reihen der faschistischen »Legion« gekämpft haben, als »Freiheitskämpfer« anerkannt werden.

## Statistik des Grauens

Denn noch gibt es da, aus außenpolitischen Gründen vor allem, einige Zurückhaltung. Außenminister Valdis Birkavs mochte sich aber auch nicht eindeutig von dem finsternen Spektakel im März distanzieren. Für die Nichtteilnahme der Regierung brachte er lediglich formale Gründe vor. Rigas Polizeipräsident bekannte nachdrücklicher Pro-Legion-Farbe: Er drohte russischen Rentnern, die mit lautstarken Protesten die SS-Demonstration begleitet hatten, ein »Nachspiel« an, weil sie ihre Veranstaltung nicht angemeldet hätten.

Von einer entschiedenen Verurteilung der Vorgänge durch Bonn ist bislang nichts an die Öffentlichkeit gedrungen. Dabei hätte das Datum stutzig machen müssen. Der nun zum Gedenktag erhobene 16. März gilt als der Gründungstag der lettischen »Legion«. So die Bezeichnung für die zwei Bataillone, die im Solde der SS kämpften. Der entsprechende Befehl dazu wurde am 16. März 1943 verkündet. Dank und Anerkennung für Mordkohorten, die mit großer Brutalität vom 1. Juli an, Tag des Einmarsches der Wehrmacht in Lettland, das Programm der »Endlösung der Judenfrage« im Baltikum durchzuführen halfen. Das ging los bei der Besetzung Rigas. Schon am ersten Tag wurden mehrere hundert Juden niedergemetzelt. In einer »Geheimen Reichssache« über die speziell mit der Judenverfolgung beauftragten »Einsatzgruppen, die im Nürnberger Kriegsverbrecher-Prozeß vorlag, ist die Notwendigkeit betont, »in Lettland durch Sonderkommandos unter Mithilfe ausgesuchter Kräfte der lettischen Hilfspolizei umfangreiche Säuberungen durchzuführen.« Und: »Bis zum Oktober 1941 wurden durch diese Sonderkommandos rund 30.000 Juden exekutiert. Die restlichen, noch mit Rücksicht auf Wirtschaftsbelange unentbehrlichen Juden, wurden in Ghettos zusammengefaßt, die in Riga, Dünaburg und Libau errichtet wurden.« Über die nächste Exekutionswelle in Lettland heißt es in der »Geheimen Reichssache«: »Im Zuge der Bearbeitung von Strafsachen wegen Nichttragens des Judensterns, Schleichhandels, Diebstahls, Betruges, aber auch um der Seuchengefahr in den Ghettos vorzubeugen, wurden in der Folgezeit weitere Exekutionen durchgeführt. So wurden am 9. November in Dünaburg 11.034, Anfang Dezember 1941 durch eine vom höheren Polizeiführer angeordnete und durchgeführte Aktion in Riga 27.800 und Mitte Dezember 1941 in Libau 2.350 Juden exekutiert.«

## »Systematische Säuberung«

Der Mordfeldzug gegen die jüdische Bevölkerung in den drei baltischen Staaten und in »Weißruthenien«, der belorussischen Republik, wurde vom »Reichskommissar für die Ostgebiete« in Riga gesteuert. (Hier amtierte auch der spätere Bonner Staatssekretär Vialon, dafür zuständig, daß das den Juden geraubte Vermögen auch »ordnungsgemäß« abgeführt wurde.) Eine Bilanz des Wirkens der ersten Monate Herrschaft in den baltischen Staaten ist für die Einsatzgruppe A im genannten Geheimbericht zu finden: »Die systematische Säuberung im Osten umfaßte, gemäß den grundsätzlichen Befehlen, die möglichst restlose Beseitigung des Judentums. Dieses Ziel ist mit Ausnahme von Weißruthenien im wesentlichen durch Exekutionen von bislang 229.052 Juden erreicht.«

Samuel Laster, in Wien ansässiger aufmerksamer Beobachter der Vorgänge in den baltischen Staaten, spricht für die Zeit der kurzen ersten lettischen Republik bis 1940 von einem »relativ

guten Zusammenleben der Juden mit ihren lettischen Mitbürgern«. Ab Juni 1941 sei es dann zu den »schrecklichen Übergriffen« gekommen. Arajs, einer der Führer der bis dahin verbotenen faschistischen Bewegung »Perkonkrusts«, wurde »unter den Deutschen zum bestialischen Anführer von Mordbanden«. Laster weiter: »Es lebten vor der Shoah 85.000 Juden in Lettland, davon 40.000 in Riga, 10.000 in Leipaja, der Rest in kleineren Gemeinden. Im Laufe der deutschen Besatzung wurden über 93 Prozent der jüdischen Bevölkerung von den deutschen und ihren lokalen Schergen ermordet. Das KZ Pils, etwa 15 Kilometer von Riga entfernt, oder auch Rumbula (Kaiserwald) zeugen von diesem Schrecken. In einer Synagoge von Riga wurden im Juli 1941 alle Juden, die sich in dieser aufhielten, verbrannt. Es war bis heute nicht möglich, ein einziges Denkmal, das von der Republik Lettland initiiert wurde, zu errichten. Fragt man Einheimische nach dem Ghetto, so weiß niemand darüber.«

### »Europäische Aufgabe«

Die Berichte der Einsatzgruppen über Totalität der Judenverfolgung bestätigen, daß bei diesem Feldzug »gegen den Bolschewismus und seine jüdischen Hintermänner« die Mitwirkung einheimischer Mordgehilfen von vornherein einkalkuliert war. Die deutschen Besatzer haben antisowjetische Ressentiments – auch materiell – kräftig geschürt und dabei dumpfen nationalistischen Trieben sozusagen höhere Weihen dadurch verliehen, daß sie Mord und Totschlag zur großen europäischen Aufgabe erklärten. In der vom Hauptamt der SS herausgegebenen Schrift Himmlers, »Die Schutzstaffel als antibolschewistische Kampforganisation« heißt es pathetisch: »... für die europäischen Völker ist Europa Herz der Welt. Hört das Herz auf zu schlagen, stirbt der Leib. Daher: Wer in den Reihen der Waffen SS kämpft, muß wissen, warum er die Heimat gegen den Ansturm einer Europa rassen- und wesensfremden Weltanschauung verteidigt und daß er für die Neuordnung Europas kämpft ... So liegt es in der Macht jedes einzelnen SS-Mannes, durch seinen persönlichen Einsatz an der letzten Entscheidung mitzuarbeiten, so ist die SS gewachsen, von der deutschen zur großdeutschen, von der großdeutschen zur germanischen, von der germanischen zur europäischen Aufgabe als Stoßtrupp für ein neues Europa.«

In diesem Zusammenhang hatte Himmler auch die Aufstellung nicht unbedingt als reine Verkörperung des »Germanentums« zu bezeichnender SS-Einheiten in den osteuropäischen Staaten begründet: »Den Feldzügen auf dem Balkan und gegen die Bolschewiken folgten die Aufstellung der rumänischen, kroatischen, lettischen, estnischen, der landeseigenen und ungarischen Verbände. Schulter an Schulter kämpften und kämpfen so Männer aller europäischen Länder in den Reihen der Waffen-SS gegen den Bolschewismus und seine jüdischen Hintermänner.« Die Berichte des Fernsehmagazins »Panorama« Anfang März 1993 über bundesdeutsche Rentenzahlungen an ehemalige lettische SS-Angehörige haben - für viele schockierend - darauf aufmerksam gemacht, daß sich diese Mordgemeinschaft fortwährend in klingender Münze auszahlt: in einer Schulter-an-Schulter-Versorgung deutscher und ausländischer SS-Killer. Die Weichen dafür wurden schon 1950 gestellt, als sich im Bundestag eine Mehrheit bereits darüber Gedanken machte, wie denn all diejenigen zu bedenken seien, die sich in den Jahren des Krieges für Großdeutschland so aufgeopfert hatten. Ja, es gab den Begriff »Aufopferungsgedanken«, der den damaligen Abgeordneten Ludwig Volkholz von der Bayerischen Volkspartei voll Inbrunst erklären ließ: »Für die besten und anständigsten Söhne unseres Vaterlandes muß auch am meisten gesorgt werden. Wenn ein Staat seine Männer zwingt, mit der Waffe für seine Interessen einzutreten, dann ist der Staat verpflichtet, für die Opfer hinreichend zu sorgen. Die größte Schande eines Volkes wäre es, seine tapferen, vorher vielgerühmten Soldaten mit einer Drehorgel betteln zu lassen.«

Nie zuvor, und später erst recht nicht, ist im »Hohen Haus« zu Bonn mit solcher Emphase für eine Entschädigung der deutschen und ausländischen Opfer des Faschismus, der Überlebenden des Holocaust und der Zwangsarbeiter gestritten worden.

Dem unlängst verstorbenen ehemaligen FDP-Vorsitzenden und Bundesminister Erich Mende, von Hitler mit dem Blut- Ritterkreuz dekoriert, von Kanzler Kohl als einer der großen Männer der deutschen Nachkriegszeit gefeiert, war es zu danken, daß ausdrücklich auch Mitglieder der Waffen-SS zu Nutznießern des ersten großen Sozialgesetzes der jungen Bundesrepublik wurden. Vehement stritt er gegen eine ursprünglich vorgesehene Ausschlußklausel für Kriegsverbrecher und Angehörige der Waffen-SS. Dies sei eine »Prolongierung der Entnazisierung« und, so drohend, damit werde eine »Kampfgruppe gegen die Demokratie« geschaffen. Da integrierte man die Mörder dann doch lieber gleich in die Demokratie – das Gesetz wurde bei vier Enthaltungen gegen die Stimmen der Abgeordneten der KPD verabschiedet.

Und es blieb nicht bei einer angemessenen Versorgung der im Lande Lebenden. In alle Richtungen der Welt, wohin sich auch Himmlers Mannen abgesetzt hatten, floß im Rahmen der »wertfreien Sozialversicherung« später Henkerlohn für einstig staatsnahe Mörder. Nach dem Ende der Sowjetunion beispielsweise auch nach Lettland. Als »Panorama«-Reporter 1993 in Lettland über das Schicksal jüdischer KZ-Opfer recherchierten, stießen sie auf eine Horde Nazi-Lieder singende ehemalige SS-Mitglieder. Gekleidet in ihren Tarnjacken von einst, berichteten sie, Deutschland habe sie nicht vergessen und zahle ihnen seit der lettischen Unabhängigkeit Opferrenten.

Die wenigen noch überlebenden Opfer des Holocaust, etwa 80 sollen es in Lettland noch sein, haben Mühe, das Geld fürs tägliche Leben aufzubringen. Dazu die Hamburger »Zeit«: »Auch diese Groteske hat System. Denn unterschiedliche Gesetze regeln die Zahlungen an beide Gruppen. Für Hitlers uniformierte Helfer gilt das Bundesversorgungsgesetz; Anträge können in der ganzen Welt gestellt werden. Für Hitlers KZ-Opfer gelten der Einigungsvertrag und das Bundesentschädigungsgesetz. Anträge können nur im Westen gestellt werden.«

## SS marschiert in Tallinn

Am 12. Juli 1998 verbreitete die Nachrichtenagentur dpa eine Meldung über ein Treffen estnischer SS-Veteranen in Tallinn. Hunderte Veteranen hatten ursprünglich vor, einen Gedenkmarsch durch die Stadt zu veranstalten. Nach Regierungsbesorgnissen, es könne zu internationaler Kritik kommen, einigte man sich auf die Abhaltung eines Gottesdienstes.

Estland war, wie es im Bericht zur Wannsee-Konferenz hieß, der erste »judenfreie« baltische Staat. Auch hier hatten deutsche Einheiten und einheimische Kollaborateure in Gemeinschaft zugeschlagen. Knapp nach der Wehrmachtinvasion wurden etwa 1.000 Juden ermordet. Etwa 35 Kilometer von Tallinn wurde ein KZ für die Juden errichtet, die nicht vor den Deutschen in die UdSSR hatten fliehen können. Unmittelbar vor der Befreiung durch die Rote Armee wurden die Insassen verbrannt. Die estnischen Mordgehilfen mutierten im Kalten Krieg ebenfalls zu antibolschewistischen Freiheitskämpfern.

Nicht nur der jüngste Aufmarsch der SS-Veteranen spricht dafür, daß sich auch in Estland Himmlers Garde höherer Gunst erfreut. Im August findet in Estland zum wiederholten Male ein militärischer Wettbewerb zum Gedenken an Spähtrupps »estnischer Freiwilliger« im Zweiten Weltkrieg statt. Deren Verdienst hatte darin bestanden, als Söldner mit Unterstützung der NS-Wehrmacht in Finnland ausgerüstet, an der Nordküste Estlands abgesetzt zu werden, um den sowjetischen Truppen in den Rücken zu fallen. Bislang waren, wie das Mitteilungsblatt der »Baltischen Gesellschaft in Deutschland« berichtet, Reservisten, Angehörige des Grenzschutzes und private Organisationen an diesem Treffen beteiligt. Jetzt dürfen auch aktive Soldaten mitmachen. Eine Kontaktadresse ist der »Generalstab der estnischen Schutzstreitkräfte« in Tallinn. Eine andere: »Abteilung SÜ; HI 8«, Bundesverteidigungsministerium Bonn.

Transportschwierigkeiten dürfte es hier nicht geben. Samuel Laster verweist auf ein Gespräch des estnischen Filmemachers Lennart Meri mit dem »Spiegel«, in dem er u. a. gesagt hatte,

Deutschland wäre kein verlässlicher Partner, wenn es als »Canossarepublik« nur dauernd be-reue. Lasters Kommentar: »Die Mannen Volker Rühes, des deutschen Verteidigungsminis-ters, verstanden die Botschaft. Mehrere Lastwagen wurden durch eine deutsche SS- Kamerad-schaftsorganisation an Gleichgesinnte in Estland geliefert.«

Nach alldem steht zu befürchten, daß Professor Heinrich Fink noch lange auf Post aus Bonn warten muß ...

*Auch veröffentlicht bei: haGalil.com*



16.03.1999

Legitimes Veteranengedenken?

## Aufmarsch der ehem. Waffen-SS in Riga

Der Gedenkmarsch hunderter lettischer SS-Veteranen fand trotz Protesten jüdischer und rus-sischer Einwohner Rigas statt. Die ehem. Angehörigen der Lettischen Legion marschierten zum Freiheitsdenkmal der Hauptstadt und legten dort Blumen und Kränze nieder. Mehrere Passanten meist russischer Abstammung beschimpften die demonstrierenden SS-Veteranen als Faschisten. Vertreter jüdischer Gruppen in Lettland erklärten, der Gedenkmarsch sei eine Verhöhnung der Millionen Menschen, die von den Nazis umgebracht worden seien.

1998 hatte das lettische Parlament, trotz russischer Proteste den 16. März zum Gedenktag für die gefallenen lettischen Soldaten erklärt. Der Tag war zuvor schon inoffiziell von SS-Angehörigen im Gedenken an die ersten Kämpfe der Lettischen Legion gegen die Rote Ar-mee gefeiert worden. Präsident Guntis Ulmanis hat die Entscheidung inzwischen kritisiert und vom Parlament gefordert, sie rückgängig zu machen. Der Präsident verbot in diesem Jahr den Vertretern seiner Regierung und Soldaten im aktiven Dienst, an der Gedenkfeier teilzuneh-men. Alle namhaften Regierungsvertreter nahmen heute Termine im Ausland wahr.



18.03.1999

Lettland und die SS-Veteranen:

## Staatliche Geschichtsrelativierung schlecht für EU-Beitritt

Der lettische Präsident verlor kurz die Fassung. „Es sind keine SS-Veteranen“ sagte Guntis Ulmanis beschwörend, als ihn der Autor zum geplanten Treffen let-tischer SS-Veteranen am 16. März befragte. „Verschiedene Gruppen bei uns ha-ben verschiedene Traditionen“ fügte das lettische Staatsoberhaupt noch hinzu.

Tatsächlich kämpften gegen Ende des 2. Weltkrieges Letten gegen Letten. Auf der einen Seite die SS-Einheit, die erst im Jahre 1943 auf Hitlers persönlichen Befehl hin gebildet wurde und am 16. März desselben Jahres ihren ersten Kampf foht, auf der anderen Seite Stalins Vorzei-getruppe, die „Lettischen Schützen“. Letten, die Juden mordeten, bevor die Deutschen Besat-zer im Juni 1941 Lettland besetzten, und danach mit deutscher Hilfe ihre bestialischen Taten fortsetzten, wurden gern in die SS-Einheit integriert. Der 1975 von einem deutschen Gericht

verurteilte Viktor Arajs, einer der berüchtigsten Schlächter, war mit seiner Gruppierung auch dabei.

Bis zum Jahre 1991 waren die Lettischen Schützen verdiente Kämpfer zum Ehre und Ruhme der Sowjetunion, seit 8 Jahren scheint die lettische Gesellschaft den SS-Veteranen ihre Ehre zu erweisen. Zu gern wird im seit 1991 unabhängigen Lettland Hitler mit Stalin verglichen.

Sekundiert werden sie durch unklare Töne in der Politik der häufig wechselnden Regierungen der jungen unabhängigen Republik. So gab ein Mitglied der LNNK (Partei für Vaterland und Freiheit), die bis zur Parlamentswahl im November 1998 mit Guntars Krasts den Premier stellte, in Lettland ein Buch Joseph Goebbels heraus.

Titel: „Das schreckliche Jahr“. Es behandelt die Ereignisse des Jahres 1940, die sowjetische Besetzung Lettlands, mit Betonung der Rolle von Juden, die nach Angaben des Autors hauptverantwortlich für die Verfolgung von Letten waren. Solche Argumente werden gerne angeführt, wenn es darum geht die Rolle von Letten als Täter zu vertuschen.

Ein Ausschlussverfahren der LNNK in der letzten Woche sollte zeigen, daß die Gesinnung von Hitlers Propagandaminister nicht Gegenstand der Politik einer führenden politischen Kraft im heutigen Lettland sein kann. Im Verfahren wurde auch die Tatsache bekannt, daß der nunmehr ausgeschlossene LNNK-Mann sich vehement für das „Recht auf Freie Meinungsäußerung“ des vor kurzem in Dänemark verhafteten und nach Deutschland überstellten, berüchtigten US-Neo-Nazis Gerry Lauck, eingesetzt hatte.

In Lettland ist den führenden Politikern klar, daß Aufmärsche wie der vom 16.März eher nachteilig für EU-Integration und Nato-Beitritt sein könnten. Der Beschluss vom Juni 1998, den 16.März zum offiziellen Soldatentag zu erklären, tat ein Übriges. Guntis Ulmanis würde heute so ein Gesetz nicht mehr unterschreiben, sagte er vor zwei Wochen im lettischen Radio.

Die europäische Union täte gut daran höflich nachzufragen. Dies geschah auch beim Wiener EU-Gipfel im Dezember 1998. Lettlands Langzeitaußenminister Valdis Birkavs rechtfertigte sich mit der Begründung, der Beschluss über den Soldatentag und die Aufforderung, die Rechte von Lettlands SS-Veteranen vor „ungerechtfertigten Angriffen“ zu schützen, wäre von einem bereits abgewählten Parlament verabschiedet worden.

Eine sichtliche Unruhe der lettischen Diplomatie sorgte für einen zarten Um-denkprozess kurz vor den Iden des März 1999

Ein Gesandter aus dem Stab des österreichischen Vizekanzlers Schüssel schilderte in Beantwortung einer entsprechenden Frage für Lettland die Bildung einer Historikerkommission, die es bis dato nicht gibt. Die baltischen Republiken sind nur eine Fußnote in der europäischen Politik, kommen nur in Zusammenhag mit und um Rußland vor. Eigentlich schade.

Die Tragödie in Deutschland ist, daß sich bisher fast nur unverbesserliche Betonköpfe, wie der als dem kroatischen Präsidenten nahestehende Schreiber der Welt und bewährter kalter Krieger Carl Gustav Ströhm, für die Baltischen Republiken interessierten. Dies sollte aber zu ändern sein.

Auf daß sich Europa nicht in ein riesiges Ulrichsberg verwandle (im Kärtner SS-Veteranentreffpunkt in der Nähe von Klagenfurt), in welchem Jörg Haider stets bereitsteht, die „Anständigkeit“ der Taten der SS zu betonen. Wie würde sich wohl der österreichische „Rechtspopulist“ im Parteiengefüge Lettlands platzieren?

Lettland täte gut daran, sich vom blutigen Erbe der Täter der Shoah zu distanzieren, meint der Leiter des Wiesenthal Centers in Jerusalem, Efraim Zuroff. Ein für den 15.3. geplantes Treffen Zuroffs mit dem lettischen Präsidenten Guntis Ulmanis wurde kurzfristig verschoben. Solche Unzuverlässigkeit hat System. Ob der Paradigmenwechsel zur eigenen Vergangenheit in Lettland stattfindet, wie ihn der außenpolitische Berater des lettischen Präsidenten, Dr. Armands Gutmanis beschwört, wird sich weisen. *SLW*

## Provokation in Riga

Der Aufmarsch ehemaliger SS-Legionäre rückt Lettland in ein schiefes Licht

Von Mavriks Vulfsons

Je näher der 16. März rückt, desto mehr wächst die Unruhe in Lettland. In der Luft liegt etwas von längst vermotteten Uniformen der Waffen-SS, es klingt nach geisterhaften, längst vergessenen Liedern. Die Fahne hoch, die Reihen fest geschlossen ...

Was ist der Grund dafür, daß das normale Leben in der schönen Hauptstadt Lettlands, ihr ruhiger Alltag, zu entgleisen droht? Warum bereitet sich die in zwei Teile gespaltete Gesellschaft zum Aufmarsch vor im Herzen Rigas – am Freiheitsdenkmal? Die tragische Geschichte des 16. März begann in der Nacht vom 23. auf den 24. August 1939 im Kreml, wo der deutsch-sowjetische Pakt und die ihm beigefügten Geheimprotokolle unterzeichnet wurden. Molotows und Ribbentrops Unterschriften waren ein Startsignal für eine Kette von dramatischen Ereignissen. In Schlagzeilen: Zweiter Weltkrieg. Teilung Polens. Angriff gegen Finnland. Annexion der Baltischen Republiken und erzwungene Eingliederung in die Sowjetunion.

In Lettland folgten Terror, Mord von Patrioten, Deportationen. An diesen Greueln beteiligten sich auch Sonderkommandos von Kollaborateuren. Auf Hitlers Befehl wird 1943 die Lettische Waffen-SS-Legion gebildet, bestehend aus rund 140.000 Freiwilligen und Eingezogenen. Die Rote Armee hat mehr als 100.000 Menschen aus Lettland in ihren Reihen.

Nach der Kapitulation des „Dritten Reiches“ gelang es einem Teil der Legionäre, in den Westen zu fliehen. Die in sowjetische Gefangenschaft geratenen SS-Leute verbrachten schwere Jahre in den Gulags, und nach ihrer Rückkehr waren sie in Lettland rechtlos und diskriminiert. Während der Perestrojka reihten sie sich in die Volksfront ein, um im freien Lettland nun ein menschenwürdiges Leben zu führen.

Leider ist es nicht gelungen, einen Ausgleich zwischen den zwei Veteranengruppen zu erreichen: Zu groß sind die Kluft und der geschürte Haß. Zusätzlich wird von offizieller Seite die Legion als Kampfeinheit betrachtet, die für Lettlands Freiheit und gegen die UdSSR, doch nicht für Deutschland in den Krieg gezogen ist. Aber die Rotarmisten-Veteranen werden leichter Hand für die sowjetischen Gewalttaten verantwortlich gemacht.

Obgleich sich die Beziehungen langsam normalisieren, sind sie in dieser heiklen Frage noch festgefroren. Auf gemeinsame Trauertage können wir noch nicht hoffen. Schon im Vorjahr wurde der Aufmarsch der bejahrten Legionäre mit Fahnen und Hakenkreuzen und mit Beteiligung prominenter Politiker und Militärs nicht nur von der russischen Presse in Riga scharf kritisiert. Er führte auch zu einer Zuspitzung der Beziehungen zu Rußland und der Verurteilung Lettlands in Westmedien. Leider haben die Regierung und das Parlament daraus keine Konsequenzen gezogen.

Charakteristisch ist, daß ein Vorschlag der Partei für Nationale Eintracht, das Erinnern auf den traditionellen Gedenktag der lettischen Soldaten am 11. November zu übertragen, vom Parlament abgelehnt wurde. Obwohl jedem klar ist: daß Rußland auf die Ehrung des Jahrestages der Feuertaufe der Waffen-SS-Legion scharf reagieren wird; daß wir uns den Weg in die EU, von der wir träumen, nur erschweren; daß es eventuell zu Auseinandersetzungen führen kann, die Lettlands Ruf schaden werden.

Mavriks Vulfsons ist Journalist in Riga.

Vilis Kristopans – Premierminister:

## Die Offizielle Erklärung der Regierung Lettlands zum SS-Veteranentreffen 1999

... in Anerkennung des Rechts der früheren (SS) Soldaten ihrer getöteten Kameraden zu gedenken, ruft das Kabinett die Gesellschaft, die Medien, politische und nicht-regierungsamtliche Organisationen dazu auf, mit Einsicht und im Geiste der Toleranz den von den (SS) Veteranen geplanten Ereignissen entgegzusehen ...

Zum SS-Aufmarsch '99 bräucht's nicht mal mehr ein Visum:

## Marschiert auch in diesem Jahr die SS durch Riga?

Am 15. und 16. März findet in Riga traditionell ein Treffen der Angehörigen der „Legion“, einer Division von Letten, die im Solde der Nazis kämpfte, statt.

Im Jahre 1997 wurde das Treffen im Zentrum Rigas noch unter Beteiligung höchster Würdenträger abgehalten, im letzten Jahr nahmen ‚nur noch‘ der Generalstabschef, der Befehlshaber der Marine sowie der Vizepräsident des Parlaments, der SEIMA, teil. Damals beklagte sich Rolands Kovtunenko, Chef des Traditionsvereins ehemaliger SS-Männer „Falken der Daugava“ (die Daugava ist ein Fluss, der Riga durchquert), es trauen sich zu wenige zur SS-Division zu stehen.

Für den Aufmarsch im kommenden Monat hofft er auf eine stärkere Beteiligung von alten und neuen Kameraden aus Deutschland, seit letztem Monat gilt nämlich die Visafreiheit zwischen Deutschland und dem Baltikum.

Die lettische Division der SS wurde im Jahre 1943 auf direkte Anweisung Hitlers zusammengezogen. Zu diesem Zeitpunkt war der Holocaust in Lettland, der mehr als 90% der jüdischen Bevölkerung (etwa 70.000 Personen im Jahre 1941) das Leben kostete, praktisch beendet. Viele der lokalen Mörder, die sich in dem Polizeibataillonen und Einheiten wie dem berühmten „ARAJS KOMMANDO“ bis nach Weißrussland und Warschauer Ghetto einen besonders grausamen Ruf erwarben, fanden in der SS-Einheit Unterschlupf. Insgesamt dienten etwa 140.000 Letten in der Division, 50.000 wurden bei Kämpfen getötet.

Der Außenminister der seit 1991 wieder unabhängigen Republik Lettland Valdis Birkavs fand in einer Erklärung formale Gründe, warum der Staat nicht an den Veranstaltungen teilnehmen würde: „Der offizielle Tag zur Erinnerung an den Sieg über den Nationalsozialismus ist der 8. Mai“, stellte Birkavs lapidar fest. Die von Präsident Ulmanis bei einem Staatsbesuch in Israel formulierte Entschuldigung für die Rolle von Letten am Holocaust wurde in der Erklärung nicht wiederholt.

Mit keiner einzigen Silbe wird des Judenmordes erinnert. Die Aufrechnung zwischen den „Beiden Übeln“ Nationalsozialismus und Stalinismus lässt sich jedoch einigermaßen festmachen.

Etwa 600 Leute nahmen an der Kundgebung teil, die zum Freiheitsdenkmal im Zentrum Rigas führte. Westliche Journalisten wurden von den Veranstaltern abgewiesen, wegen „tendenzioser Berichterstattung“ im Vorjahr, hieß es.

Es kam zu Störungen von Seiten russischer Pensionisten, die sich den von Ihnen lautstark als „Faschisten“ bezeichneten Teilnehmern gegenüber benachteiligt fühlen. Der Polizeichef von Riga kündigte an, die nicht angemeldete Demonstration der russischsprachigen Rentner werde ein Nachspiel haben. Das offizielle Moskau protestierte scharf und meinte, das Vorgehen Rigas wäre „Eine Schande für Europa“.

„Für die Letten, Litauer und Esten schien Hitler nach der ersten sowjetischen Besatzung im Jahre 1940 das kleinere Übel, für die meisten Juden war es Stalin,“ schreibt Professor Dov Levin von der Hebräischen Universität in seinem 1995 erschienen Buch „THE LESSER OF TWO EVILS“. Ein Rest davon scheint sich bis heute bewahrt zu haben. Zuweilen wird zwischen Tallinn, Riga und Vilnius allen gehuldigt, die irgendwie als antisowjetische Kämpfer aufgetreten sind. Koste es, was es wolle.

Der Leiter des Wiesenthal Centers in Jerusalem Efraim Zuroff meint, eine solche Einstellung, die in der Bemerkung des lettischen Außenministers offenbar wird, würde die Chancen der EU-Integration Lettlands verringern. slw

## Netzwerk Friedenskooperative

Network of the German Peace Movement

### Denkmal für SS in Lettland

In Lettland ist am 5. November ein Denkmal für die lettischen Mitglieder der Waffen-SS enthüllt worden. Unter den rund 1.000 Menschen, die an der »Feierstunde« teilnahmen, waren nach Angaben lettischer Medien auch der Verteidigungsminister, Girts Kristovkis, und der Oberkommandierende der lettischen Armee, Gundars Abols.

Im Zeiten Weltkrieg waren rund 146.000 Letten in der Waffen-SS, der so genannten Lettischen Legion. Seit dem Zerfall der Sowjetunion kommt es zu jährlichen Aufmärschen der noch lebenden lettischen Waffen-SS-Mitglieder in Riga.

(TAZ 07.11.00)

**SPIEGEL ONLINE**

06.11.2000

Denkmal

### Lettland ehrt Mitglieder der Waffen-SS

Der Verteidigungsminister höchstpersönlich war anwesend bei dieser höchst sonderbaren Feierstunde: Mit einem Denkmal haben die Letten Landsleute geehrt, die in der Waffen-SS gedient haben.

**Riga** – Rund eintausend Menschen, unter ihnen der lettische Verteidigungsminister Girts Kristovkis, hätten an der Feierstunde in Lestine, rund hundert Kilometer von der lettischen Hauptstadt Riga entfernt, teilgenommen, berichteten örtliche Medien. Im Zweiten Weltkrieg hatten die Deutschen rund 146.000 Letten für die Waffen-SS rekrutiert. Die lettische Waffen-

SS-Einheit wurde als Lettische Legion bekannt und sollte als letztes Aufgebot in den Jahren 1943 und 1944 den russischen Vormarsch stoppen.

Die jährlichen Märsche der noch lebenden Waffen-SS-Mitglieder durch Riga sind unter anderem bei jüdischen Gruppen auf heftigen Protest gestoßen. Die Nachrichtenagentur BNS meldete, an der Enthüllung des Denkmals habe auch der Oberkommandierende der lettischen Armee, Gundars Abols, teilgenommen. 1998 musste der damalige Oberkommandierende Juris Dalbins seinen Dienst quittieren, weil er trotz gegenteiliger Anweisung der Regierung an einer Veranstaltung der Lettischen Legion teilgenommen hatte.



08.11.2000

Feierstunde mit Verteidigungsminister:

## Denkmal für die Lettische SS-Einheit

Lettlands Umgang mit der eigenen Vergangenheit wird seit langem von der internationalen Öffentlichkeit und vor allem von jüdischen Verbänden scharf kritisiert. Letzte Woche fand eine Feierstunde der besonderen Art statt.

Der Verteidigungsminister Girts Kristovskis höchstpersönlich war anwesend. Außerdem noch rund eintausend Menschen. Sie alle haben ihre Landsleute geehrt, die in der Waffen-SS gedient haben.

Rund 150.000 Letten wurden im Zweiten Weltkrieg für die Waffen-SS rekrutiert, die als Lettische Legion bekannt wurden und als letztes Aufgebot in den Jahren 1943 und 1944 den russischen Vormarsch stoppen sollte. In den letzten Jahren haben immer wieder Gedenkmärsche der noch lebenden Waffen-SS-Mitglieder durch Riga zu heftigem Protest jüdischer Gruppen geführt.

In Lestine, rund hundert Kilometer von der lettischen Hauptstadt Riga entfernt, wurde nun also ein Denkmal für die Lettische Einheit enthüllt. Anwesend war laut der Nachrichtenagentur BNS auch der Oberkommandierende der lettischen Armee, Gundars Abols.

1998 musste der damalige Oberkommandierende Juris Dalbins seinen Dienst quittieren, entgegen der Anweisungen der Regierung an einer Veranstaltung der Lettischen Legion teilgenommen hatte.

Es bleibt abzuwarten, wie die lettische Regierung auf die Teilnahme des Verteidigungsministers an der Feier reagiert. Besser gesagt, wird sie überhaupt darauf reagieren?

DER TAGESSPIEGEL 16.3.2001

## Lettland: SS-Veteranen marschieren auf

Mehrere Hundert lettische Veteranen der deutschen Waffen-SS haben sich am Freitag zu ihrer jährlichen Gedenkveranstaltung mit Gottesdienst in Riga versammelt. Ihren traditionellen Marsch hatten sie am Vortag wegen Restaurierungsarbeiten am Freiheitsdenkmal abgesagt.

Die Nazis rekrutierten 1943 und 1944 etwa 146.000 Letten in einem Verband der Waffen-SS, der gegen die vorrückende Rote Armee Russlands kämpfte. Nach Ende des Krieges erklärten die siegreichen Alliierten die Verpflichtung der Letten durch die Nazis für illegal. Die Veteranen betrachten sich selbst nicht als Alt-Nazis. Sie hätten damals lediglich eine zweite Invasion durch die Sowjetunion verhindern wollen. Russland, jüdische Gruppen und Veteranen der Roten Armee haben immer wieder gegen den Marsch protestiert. Sie sehen darin eine Verhöhnung der Opfer und Gegner der Nazis.



27.03.2002

## Treue Rentner

Treu sind sie immer noch, die Veteranen der Waffen-SS. Rund 1.000 Personen beteiligten sich in Riga an den Gedenkveranstaltungen für die Toten der lettisch-deutschen Waffen-SS, darunter auch Abgeordnete aus der Regierungskoalition. Seitdem es wieder einen lettischen Staat gibt, finden am 16. März Gedenkveranstaltungen statt. In Lettland gelten die Angehörigen des SS-Verbands als Kämpfer für die Unabhängigkeit. Die Lettische Freiwilligenlegion zählte zeitweilig knapp 90.000 Soldaten und war der größte nicht deutsche Militärverband innerhalb der SS. Etwa genauso viele Juden lebten in Lettland, bis Deutsche und Letten sie auf wenige Tausend dezimierten. Viele SS-Veteranen beziehen heute Renten aus Deutschland.



16.03.2004

## Gedenktage für Legionäre der Waffen-SS in Lettland unzulässig

MOSKAU, den 16. März. /RIA „Nowosti“/. Russland wird die europäischen Organisationen auf die Unzulässigkeit der Durchführung der Gedenktage für die Legionäre der Waffen SS in Lettland bei der Aufnahme der Republik in der Europäischen Union aufmerksam machen. Das sagte Konstantin Kossatschow, Vorsitzender des internationalen Ausschusses der Staatsduma /Unterhaus des russischen Parlaments/ am Dienstag.

In seiner Antwort auf die Fragen von Journalisten über den für den Dienstag geplanten Gedenktag für Legionäre der Waffen SS in Lettland erklärte Kossatschow: „Die lettischen Behörden waren bereits unter dem Druck der internationalen Gemeinschaft gezwungen, diesen Tag aus dem staatlichen Kalender der denkwürdigen Daten zu streichen“.

Wie Kossatschow betonte, ist es Russland und der internationalen Gemeinschaft dazu noch gelungen, durchzusetzen, dass „die offizielle Elite Lettlands sich von der Teilnahme an solchen Veranstaltungen distanziert hat und dass die offizielle Führung der Republik den geplanten Umzügen fern bleiben wird“.

„Es ist nicht angebracht, Personen, die an der Blockade von Leningrad und an Strafoperationen gegen die Sowjetarmee teilgenommen haben, zu nationalen Helden zu erklären“, äußerte der Abgeordnete seine persönliche Meinung.

Wie der Vorsitzende der Lettischen Gesellschaft der nationalen Krieger vor Journalisten erklärte, werden die ehemaligen Legionäre und ihre Gesinnungsgenossen im Rigaer Dom einen Gottesdienst abhalten, danach zum Freiheitsdenkmal marschieren und dort Blumen niederlegen. Die Veranstaltungen werden in der Siedlung Lestene an der Ostseeküste fortgesetzt, wo ein Memorial für Legionäre errichtet worden ist.

Auch Mitglieder der nationalradikalen Organisationen „Alles für Lettland!“, „Klub 415“ und Nationalfront Lettlands planen verschiedene Veranstaltungen zu Ehren der Legionäre in Riga. Ein Umzug soll auch in der Hafenstadt Liepaja stattfinden, ihn wollen die Mitglieder des Bundes der nationalen Kräfte durchführen.



11.04.2004

Europas neuer Antisemitismus:

## Eigenes Leiden rechtfertigt nichts

Lettlands Vertreterin bei der Leipziger Buchmesse hat lettisches Leiden zur Beugung historischer Wahrheiten missbraucht. Das ist skandalös

*Von Micha Brumlik*

Der Skandal, den Salomon Korn, der stellvertretende Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, mit dem vorzeitigen Verlassen der Eröffnungsveranstaltung der Leipziger Buchmesse auslöste, hat sich als Sturm im Wasserglas erwiesen. Das ist bedauerlich, denn der Vorgang liefert Stoff für eine Neujustierung des deutschen Geschichtsbildes im Zeichen der europäischen Einigung.

Es waren die folgenden Sätze der ehemaligen Außenministerin Sandra Kalniete, einer 1952 geborenen Kunsthistorikerin, die Korn aus dem Saal trieben:

„Erst nach dem Fall des Eisernen Vorhangs erhielten die Forscher einen Zugang zu den archivierten Dokumenten und Lebensgeschichten dieser Opfer. Diese belegen, dass beide totalitäre Regime – Nazismus und Kommunismus – gleich kriminell waren. Es darf niemals eine Unterscheidung zwischen ihnen geben, nur weil eine Seite auf der Seite der Sieger gestanden hat.“

War es der Inhalt dieser Sätze, der zum Protest provozierte? Steht also 2004 noch einmal, wie bereits während des „Historikerstreits“ der Achtzigerjahre – vor dem Fall der Berliner Mauer –, die weltgeschichtliche Singularität der NS-Verbrechen und damit eine Apologie des nationalsozialistischen Deutschland auf der Tagesordnung? Über die Schwierigkeiten, historischen Ereignissen oder Prozessen Einzigartigkeit zuzuschreiben, ist in den vergangenen Jahren viel geschrieben worden. Unabweisbar ist das Argument, dass jede Einzigartigkeitsbehauptung Vergleiche und deren Maßstäbe voraussetzt.

Im Falle genozidaler Massenverbrechen wird man dann Kriterien wie Quantität, Absicht, besondere Grausamkeit und ähnliches anlegen, aber auch die Befindlichkeit jener Gesellschaften, aus denen heraus solche Verbrechen begangen wurden. Dann leuchtet ein, dass man an eine entfaltete bürgerliche, kultivierte Gesellschaft wie die – zugegebenermaßen krisengeschüttelte – Gesellschaft der Weimarer Republik strengere Maßstäbe anlegen wird als etwa an die des durch den Vietnamkrieg zerstörten Kambodscha.

Die besondere Grausamkeit genozidaler Handlungen aus der Perspektive der Opfer zu beleuchten ist durchaus möglich, aber besonders heikel. Hierzu bedürfte es einer noch nicht

ausgearbeiteten ethisch begründeten Kasuistik gewaltsamen Tötens und Sterbens. So dürfte der Tod im Feuersturm eines Flächenbombardements denn doch weniger entwürdigend sein als eine der Vergasung vorhergehende monatelange Lagerhaft, in der Menschen zu Nummern stigmatisiert wurden. Aber war der Tod in der Gaskammer noch entwürdigender als jener Tod, den die Roten Khmer einem Teil ihrer Opfer zudachten: sie nach wochenlanger Zwangsarbeit auf den „Killing Fields“ mit Plastiktüten zu ersticken? Diese Fragen zu beantworten ist zwar zu einer vernünftigen, das heißt an der Würde und den Rechten des Menschen orientierten Geschichtsbetrachtung unerlässlich, trifft aber gar nicht den Kern dessen, worum es in Leipzig ging. Hier ging es um etwas sehr viel Schlichteres, nämlich um politische Wahrhaftigkeit.

Der Sinn von Korn's Protest wird erst bei einem näheren Blick auf die Geschichte des 1918 unabhängig gewordenen Lettland verständlich. In den Zwanzigerjahren zählte Lettland, seit 1934 von einem rechtsautoritären Diktator regiert, etwa zwei Millionen ethnisch unterschiedliche Einwohner, darunter 12 Prozent Russen, 3 Prozent Deutsche und 4,5 Prozent Juden. Nach dem Hitler-Stalin-Pakt annektierte die Sowjetunion Lettland und deportierte – mit Unterstützung lettischer Kommunisten – bis zum Einmarsch der nationalsozialistischen Wehrmacht etwa 20.000 Menschen, darunter einen großen Teil der lettischen Intelligenz – ein Drittel davon übrigens Juden.

Nach dem Überfall auf die Sowjetunion, unter deutscher Herrschaft, wurden dann so gut wie alle verbliebenen Juden Lettlands, etwa achtzigtausend Menschen, ermordet. Weniger als fünfhundert überlebten die Massenvernichtung. Zudem deportierte die SS, weil Lettland ein ebenso günstiger Tötungsort zu sein schien wie Teile Polens, zwanzigtausend Juden aus Deutschland, Österreich und der Tschechoslowakei erst nach Salaspils, Dünamünde und später Kaiserwald; von den dorthin deportierten Juden überlebten etwa achthundert Menschen.

Das mörderische Werk etwa der Einsatzgruppe 2C unter Obersturmbannführer Dr. Lange oder dessen Vertreter Gerhard Maywald wurde durch enthusiastische Angehörige der lettischen Polizei – insgesamt 30.000 Männer – nicht nur in Lettland unterstützt. 1943 wurde dann die „Lettische Legion“ genannte „15. Waffen-Grenadier-Division der SS (Die Lettische Nr. 1)“ gegründet. Berüchtigt wurde die nach ihrem Anführer so benannte Arajsbrigade. Victor Arajs setzte später eine Synagoge vor Moskauer in Brand, wobei hunderte von Menschen qualvoll umkamen. Arajs lebte unbehelligt bis 1975 in Deutschland und starb 1988 im Gefängnis.

Die aktuelle geschichtspolitische Debatte in Lettland zielt darauf ab, die Tätigkeit der lettischen Hilfspolizei und der annähernd 100.000 Mitglieder der „Lettischen Legion“ – die sich nur zum kleineren Teil freiwillig gemeldet hatten - als verständliche und entschuldbare Aktivität im Kampf um die nationale Unabhängigkeit gegen die Sowjetunion zu betrachten. 1998 – Kalniete war seit fünf Jahren stellvertretende Außenministerin – erklärte das dortige Parlament den 16. März zum „Tag des Soldaten“. An eben diesem Datum war 1943 die „Legion“ gegründet worden. Ein großes, offizielles Denkmal für die lettischen Hilfstruppen der Nationalsozialisten erregt seither weltweit die Öffentlichkeit. Bei alledem steckt die Erforschung der lettischen Kollaboration beim Holocaust trotz erster Monografien noch in den Anfängen.

Kalnietes Rede war deshalb skandalös, weil sie – als lettische Repräsentantin – unter Ausblendung historischer Tatsachen und offener Fragen allein das Leiden artikulierte, das den Letten durch die sowjetische und nationalsozialistische Okkupation widerfuhr – aber den Umstand verschwieg, dass viele Letten an der Deportation ihrer Intelligenz im Stalinismus ebenso beteiligt waren wie am Holocaust. Zudem erwähnte sie die Tatsache, dass viele Letten ihre nationale Freiheit offenbar nur im Rahmen eines nationalsozialistisch beherrschten Europa für möglich hielten, mit keinem Ton.

Es geht bei alledem also weder um die Angemessenheit der Totalitarismustheorie, die in ihren moralischen Intentionen meist ebenso Recht hat, wie sie als sozialwissenschaftliche Theorie

versagt, noch darum, die genozidalen Verbrechen des Stalinismus, ja die der kommunistischen Bewegungen von 1917 bis 1989 und später zu verschweigen – im Gegenteil. Worum es aber sehr wohl gehen muss, ist das Prinzip, die Artikulation „eigenen“ Leidens nicht zur Rechtfertigung von Untaten zu missbrauchen, die Angehörige der eigenen Ethnie oder politischen Gruppe begangen haben.

**KONTAKTE-KOHTAKTbI**

18.08.2005

## Der Rigaer Blutsonntag 1941

*„Wer die Geschichte verschweigt, bereitet ihre Wiederholung vor.“*

Rede von Prof. Dr. Mavriks Vulfsons

Geehrte Teilnehmer der Trauerfeier,

Holocaust ist ein Wort, bei dem jeder Mensch erstarrt, der in der zivilisierten Welt lebt. Holocaust ist ein Wort, das in Lettland nur sehr wenige kennen, obwohl gerade in Lettland, verhältnismäßig gesehen, mehr Angehörige des jüdischen Volkes lebten als in jedem anderen Land der Welt.

Als Mensch, der vor 50 Jahren in diesem Wald von Rumbula und der „Kelderlija“ von Valmiera 32 nahe Angehörige verloren hat, die bestialisch umgebracht wurden, als Mensch, der an der Wiege der lettischen Volksfront gestanden hat, als Abgeordneter des lettischen Parlaments und Gründungsmitglied des parlamentarischen Rates für die Bekämpfung des Antisemitismus will ich heute mehrere schmerzliche Fragen stellen, die besser verstehen lassen werden, ob dieses Paradox ein Zufall ist oder gesetzmäßig.

Erstens: Wie ist es erklärbar, daß die deutschen Faschisten ausgerechnet in Lettland relativ viele Mitläufer bzw. Kollaborateure gefunden haben, die bereit waren, an Stelle der Deutschen und vor allem auf eigene Initiative an der Ermordung und Vergewaltigung ihrer jüdischen Mitbürger, Nachbarn und sogar Freunde teilzunehmen und danach an der Plünderung ihres Hab und Gutes?

Zweite Frage: Wie ist es erklärbar, daß die Mehrheit der Letten sich in völliger Gleichgültigkeit damit abgefunden hat, daß Riga – die Hauptstadt Lettlands und der Stolz des lettischen Volkes – in den Jahren der deutschen Okkupation in einen Friedhof für hunderttausende Opfer des Holocaust verwandelt wurde?

Und die dritte Frage: Wie ist es erklärbar, daß im freien, unabhängigen Lettland die massenhafte Ermordung von Juden in der Zeit zwischen 1941 und 1944 im großen und ganzen durch Verschweigen verdrängt wird, indem man sich auf Deklarationen und Berichte des Parlaments beschränkt und vor dem einzigen Beweis dafür zurückschreckt, daß in Lettland ein neuer Holocaust niemals wiederholbar sein wird, nämlich vor dem läuternden Schuldbekenntnis?

Schließlich ist der gesamten westlichen Welt bekannt, daß 1944 und 1945 aus dem Baltikum 235.000 registrierte Kollaborateure der deutschen Faschisten geflohen sind.

Viele von ihnen befinden sich heute in westlichen Ländern und beanspruchen die lettische Staatsbürgerschaft, obwohl bereits vor dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht viele mit dem SD und anderen faschistischen deutschen Organisationen verbunden waren, die bei den Nürnberger Prozessen zu Kriegsverbrechern erklärt wurden.

Diese Läuterung ist nicht gedacht als Tilgung der Schuld gegenüber dem jüdischen Volk, sie ist notwendig für das lettische Volk selber, mit dem ich für mein Leben verbunden bin. Sie ist notwendig vor Gott, der alles mit Entsetzen beobachtet hat und so auch keine wahrhaftigen Worte von Sowjetlettland erwartet hat, sie ist notwendig für ein freies Lettland.

Diese Läuterung würde die Achtung vor den Letten erhöhen, die nun nicht mehr voller Unverständnis die Augen niederschlagen müßten, wenn in internationalen Organisationen vom Holocaust in Lettland die Rede ist.

Solange das aber nicht geschieht, werden allerhand falsche Führer an die primitivsten Gefühle des lettischen Volkes appellieren und den Fremdenhaß schüren können, um die Aufmerksamkeit der Menschen von den wachsenden Alltagsproblemen und den Untaten dieser marktschreierischen Radikalen abzulenken.

Ich will meine Gedanken und meine Antwort zu diesen drei Fragen kundtun.

Die Mitläufer der deutschen Faschisten haben sich bemüht, ihre Beteiligung an der Ermordung der Juden damit zu entschuldigen, daß nun mal die Juden die Gewaltherrschaft sowjetischer Okkupanten als hauptsächliche Kraft unterstützt hätten.

Das ist gelogen: Unter den Opfern der Deportationen vom 13. und 14. Juni 1941 waren verhältnismäßig gesehen sechsmal mehr Juden als Letten. Diese Wahrheit müßte endlich in Erinnerung gebracht werden, wenn vom Jahrestag der Deportationen die Rede ist – und nicht verschwiegen werden, wie es bislang der Fall ist.

Ich selbst habe 20 nahe Angehörige als Opfer Stalins verloren, und ich verurteile den stalinistischen Terror ebenso scharf wie das Wüten des Faschismus.

Trotzdem ist es so, daß die Letten ideologisch nicht nur durch ihre gerechten Rachegefühle gegen den sowjetischen Terror vorbereitet wurden, der Ursprung lag in dem antidemokratischen, autoritären und nationalistischen Regime, das mit dem Umsturz vom 15. Mai 1934 in Lettland gegründet wurde.

Die Unduldsamkeit gegen Ausländer und der offene Antisemitismus, die nach der Vernichtung der parlamentarischen Republik aufblühten, verwandelten sich innerhalb von wenigen Stunden in blutige Überfälle auf Juden. Säuglinge wurden getötet, indem man sie mit dem Kopf gegen die Wand schlug, Frauen wurden vergewaltigt, Menschen massenweise ermordet.

In den ersten sieben Tagen, als die deutsche Herrschaft noch unstabil war, wurden 5.000 Menschen getötet, wurden die Synagogen niedergebrannt.

Die Liquidierung der Demokratie, die Vernichtung der parlamentarischen Ordnung und das nationalistische Führerprinzip, das an ihre Stelle trat, haben nicht nur die widerstandslose Kapitulation Lettlands im Sommer 1940 möglich gemacht, sondern auch die humanistischen Traditionen zerstört, die die Beziehungen zwischen Letten und Ausländern geprägt haben und auf die der freie lettische Staat in den 15 Jahren seiner parlamentarischen Existenz zu Recht stolz war.

Nur so kann ich mir erklären, daß sich unter den Letten Tausende gleichgültiger und ängstlicher Diener der faschistischen Banden finden konnten, die von den Massenmorden wußten und trotzdem schwiegen. Sie schwiegen zu Hause, auf der Straße und in den Kirchen.

Unter diesen Umständen hat lediglich eine Handvoll hervorragender Söhne und Töchter des lettischen Volkes die Ehre Lettlands geschützt, indem sie ihr eigenes Leben und das Leben ihrer Kinder riskierten und, ohne Entgelt oder einen Gewinn dafür zu erwarten, die Unglücklichen retteten, die der Vernichtung preisgegeben waren.

Und wenn wir eines Tages den Orden des Lacplēsis (Bärentöter – lettischer Sagenheld, Anm. der Übersetzerin) wieder einführen sollten, dann wären sie es, die diese Auszeichnung verdie-

nen. Sie waren die Trompeter von Talava (sagenhafter lettischer Freiheitskämpfer, Anm. der Übersetzerin) in der Wüstenstille.

Und zuletzt: Lettland erlebt gegenwärtig schlimme Zeiten, und vor uns steht eine schwere Prüfung. Die Gesellschaft Lettlands spaltet sich über die Frage der Staatsbürgerschaft, je nach Auslegung der Geschichte.

Ambitionen und politische Intrigen drängen die wichtigsten Fragen des Überlebens in Lettland – die ökonomisch-sozialen und die der Sicherheit – in den Hintergrund.

Immer häufiger erschallt aus dem Fernsehen die Warnung, daß es eine Kraft gebe, die hier eine starke Hand herausbilden will, d. h. ein autoritäres Regime wiedererrichten. Aber die größte Gefahr droht aus dem Osten.

Unter diesen Umständen ist dieser schmerzliche Gedenktag auch ein Kampftag, indem wir an die Sicherung und Stärkung der Demokratie denken. Aber wie soll für Lettland die Demokratie gesichert werden, wenn auf alle mögliche Art ein autoritäres Regime gerühmt wird?

Es gibt viele Fragen. Aber an dieser Stelle will ich schließen und an folgendes erinnern: Wer die Geschichte verschweigt, bereitet ihre Wiederholung vor.

*Im Dezember 1991 veranstaltete KONTAKTE-KOHTAKTbI e. V. ein Zeitzeugengespräch zum Gedenken an den „Rigaer Blutsonntag“ – die Vernichtung des Rigaer Ghettos vor 50 Jahren. Bei dieser Begegnung erfuhren wir, daß Letten in hohem Maße an der Judenverfolgung beteiligt waren – eine Tatsache, die bis heute verdrängt worden ist. Beide Völker, Deutsche wie Letten, haben also allen Grund, dieses Stück Vergangenheit aufzuarbeiten. Deshalb veröffentlichten wir ungekürzt die Rede, die der Historiker und Abgeordnete des lettischen Parlaments Prof. Dr. Mavriks Vulfsons am 3. Dezember 1991 bei der Trauerfeier in Rumbula, Lettland, hielt.*

**Moskauer Deutsche Zeitung**

05.04.2007

## Freiheitskämpfer oder Faschisten?

### Jedes Jahr gedenken ehemalige SS-Legionäre in Lettland ihrer gefallenen Kameraden

Die Touristen trauten ihren Augen nicht: Wie jedes Jahr am 16. März marschierten auch 2007 wieder etwa 150 ehemalige lettische SS-Legionäre durch Rigas Innenstadt und legten am Freiheitsdenkmal Kränze nieder. Laut eigenem Bekunden gedenken sie ihrer im Zweiten Weltkrieg gefallenen Kameraden und dem Kampf gegen das Sowjetregime. Rechtsradikale Gruppen nutzen die Veranstaltung alljährlich als willkommene Bühne.

Autor: Nadja Cornelius

Der Gedenkmarsch wird international kritisiert. Auch die Meinung in der lettischen Bevölkerung ist gespalten. Besonders aber Vertreter der russischen Minderheit, etwa der Partei für „Menschenrechte in einem vereinten Lettland“ (PCTVL), demonstrierten an diesem Tag lautstark dagegen. Am Abend marschierten Anhänger der rechtsextremen Gruppe „Visu Latvijai“ (Alles für Lettland) mit erhobenen Staatsflaggen zum Freiheitsdenkmal. „Lettland den Let-

ten!“ skandierten einige – auch Zuschauer waren darunter. „Schande“ und „Faschisten“ schimpfte die russische Gegenseite. Etwa 500 Schaulustige waren versammelt.

Was genau bedeutet der alljährliche Aufmarsch der Veteranen? Ist es ein harmloses Treffen ehemaliger Soldaten, die nichts weiter im Sinn haben, als ihrer Kameraden zu gedenken? „Wir haben als Patrioten gegen die sowjetische Invasion gekämpft“, beteuert einer der Legionäre. Oder ist es doch eine jährliche Veranstaltung von Alt-Nazis, die ihre Überzeugung legal ausleben dürfen? Um zu verstehen, weshalb weite Teile der Bevölkerung den Marsch akzeptieren, ist ein Blick auf die lettische Geschichte notwendig.



Foto: Reuters

Über Jahrhunderte stand Lettland im Spannungsfeld zweier Großmächte: Deutschlands und Russlands, später der Sowjetunion. Ab dem 13. Jahrhundert gab es im Baltikum eine deutschsprachige Oberschicht, die Deutschbalten, die bis in die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts hinein das wirtschaftliche und kulturelle Leben bestimmte. Auch die erste Besetzung Lettlands durch Russland Anfang des 18. Jahrhunderts änderte daran wenig. Nach dem Ersten Weltkrieg begannen die Letten, sich gegen die äußere Unterdrückung zu wehren: Im November 1918 verkündeten sie ihre Unabhängigkeit.

Die neue Freiheit dauerte jedoch nur gut zwanzig Jahre. 1940 besetzte die Sowjetunion das Baltikum erneut. Es begann eine brutale Terrorherrschaft. Am 14. Juni 1941 wurden rund 15.000 Zivilisten nach Sibirien deportiert, teils in die Gulags. Im Vergleich zu den nationalsozialistischen Vernichtungslagern, in denen Menschen systematisch ermordet wurden, bediente man sich in den sowjetischen Gulags anderer Methoden: Die Häftlinge waren Bedingungen ausgeliefert, die ein Überleben in den meisten Fällen unmöglich machten.

Als im Sommer 1941 die deutsche Wehrmacht in Lettland einrückt, wird diese als Befreierarmee gefeiert, beendet sie doch den sowjetischen Terror. In der deutschen Armee sehen viele die einzige Möglichkeit, die lettische Heimat vor den Rotarmisten und einer erneuten Besetzung zu schützen. Über 100.000 Letten kämpfen auf Seiten der deutschen Truppen in verschiedenen Formationen gegen die Sowjetunion.

Die zeitweilige lettische Beteiligung in der deutschen Waffen-SS ist seit Jahren ein Streitpunkt unter Historikern. Gemessen an der Bevölkerungsgröße gab es in Lettland sehr viele Legionäre, die mobilisiert wurden, mehrere Zehntausend sollen es gewesen sein. Ist diese Tatsache ausschließlich mit dem lettischen Patriotismus und der Angst vor der Sowjetunion zu erklären?

Die Menschen seien so sehr vom sowjetischen Terror eingeschüchtert gewesen, dass sie sich nicht gegen die Mobilisierung zum Kampf auf deutscher Seite gewehrt hätten, erklärt der Leiter des Jüdischen Museums in Riga, Margers Vestermanis, der selbst durch seine Flucht aus einem Konzentrationslager nur knapp dem Holocaust entging. Nazi-Deutschland habe in Lettland damals die sowjetischen Okkupanten bekämpft. Es scheint ihm daher wahrscheinlich, dass für die meisten Letten die Unterstützung im Kampf gegen ihren Staatsfeind vorrangig war und nicht eine faschistische Überzeugung. Viele der SS-Veteranen betonen auch heute immer wieder, dass sie als Patrioten gegen die sowjetische Okkupation gekämpft hätten.

Zwar habe es unter den lettischen SS-Legionären kaum Freiwillige gegeben und sie seien nicht gleichberechtigt mit den Mitgliedern der SS oder der Waffen-SS gewesen, so Vestermanis. Jedoch – auch wenn es sich bloß um eine äußere Angleichung handelte – sei klar, dass die lettische Legion „unabhängig von persönlicher Überzeugung und gewollt oder nicht die zusammenbrechende deutsche Front gestützt und dem Hitler-Regime Waffenhilfe gewährt hat“, sagt der Historiker. Aus heutiger Perspektive sei es dennoch leicht zu sagen, die lettischen Legionäre hätten „in die Wälder gehen müssen“, mahnt er, der selbst nach seiner Flucht aus dem Konzentrationslager als Widerständler in den kurländischen Wäldern gelebt hat. Denn Regime-Gegner seien erschossen worden, zudem habe das Prinzip der Sippenhaft gegolten.

Er fügt jedoch auch hinzu, dass einer der baltischen Staaten die Situation anders gehandhabt habe: So seien die Litauer lediglich in den Schutzmannbataillons angetreten, die allgemeine Mobilmachung sabotierten sie jedoch. Hätte es auch in Lettland eine solche Massenbewegung gegeben, wäre es den Nationalsozialisten wahrscheinlich nicht möglich gewesen, den Willen eines ganzen Volkes zu brechen, vermutet der 1925 geborene Vestermanis. Das ist der wunde Punkt. Der Punkt, den viele Letten bis heute nicht gerne hören.

Die ehemaligen SS-Veteranen sind für manche Beobachter eine von Jahr zu Jahr kleiner werdende Gruppe alter Menschen, die friedlich durch die Altstadt zieht und anschließend zu Ehren ihrer gefallenen Kameraden Blumen am Freiheitsdenkmal niederlegt. Andere wiederum sprechen von einer „Verklärung der faschistischen Organisation“. Wie auch immer die Gedenkzeremonie zu bewerten ist, sie schadet dem internationalen Ansehen des Landes, das seit drei Jahren Mitglied der EU ist.

Der Holocaust-Überlebende Vestermanis nimmt die Marschierer ein wenig gegen diese Kritik in Schutz. „Dass Kriegsveteranen ihrer gefallenen Kameraden gedenken, das ist doch ganz normal.“ Er fügt zwar hinzu, dass auch ihm dieser Aufmarsch nicht gefalle, aber „wenn man ehrlich ist, kann man bei diesen Veteranen nicht behaupten, dass sie Träger einer nationalsozialistischen Überzeugung sind“, so Vestermanis.

Moskauer Deutsche Zeitung, Copyright © 2000-2007 MDZ. Alle Rechte vorbehalten.

Die Tageszeitung  
**jungeWelt**

05.05.2007

## Lettische »Waldbrüder«

Jahrbuch für Kommunismusforschung 2007: Antikommunistischer Konsens über die Geschichte der baltischen Länder zwischen 1943 und 1946. Eine Kritik

Von Werner Röhr



Die Waffen-SS läßt grüßen: Der Zug der Sowjetfeinde – Foto: AP

Das »Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung« entwickelt sich immer mehr zu einem Jahrbuch für Antikommunismus. Der Schwerpunkt des Bandes 2007 heißt »Widerstand und Opposition gegen kommunistische Regime« und hat Asien und Europa im Blick. Unter »Widerstand« werden politisch und sozial sehr heterogene Erscheinungen zusammengefaßt, zum Beispiel der passive Widerstand chinesischer Bauern gegen die Landwirtschaftspolitik der KP Chinas, innerparteiliche Auseinandersetzungen in Vietnam um die Kulturpolitik sowie der Hungerstreik der trotzkistischen Häftlinge in Workuta 1937/38 (und das Massaker an ihnen), den Jean-Jacques Marie (Paris) in einem ausgezeichneten Artikel würdigt.

Die Geschichte der baltischen Länder seit 1944/45 ist gleich zweimal Gegenstand. Walter M. Iber und Peter Ruggenthaler (beide Graz) berichten über die Arbeiten der seit 1998 in Litauen, Lettland und Estland tätigen internationalen Historikerkommissionen, die sich mit der Geschichte dieser Länder unter »drei Besatzungen« zwischen 1940 und 1991 befassen sollen, denen es aber offenbar nur darum geht, die Zeit der Zugehörigkeit der drei Republiken zur Sowjetunion als eine Zeit der Besatzungsherrschaft zu stigmatisieren, der gegenüber jeder Widerstand als »nationaler Befreiungskampf« zu bewerten sei. Innere Klassenwidersprüche und -kämpfe kommen nicht vor, litauische, lettische und estnische Kommunisten scheint es nie gegeben zu haben. Russische Fremdherrschaft versus nationaler Widerstand heißt die von den Kommissionen konstituierte indiskutable Alternative. Militanter Antikommunismus ist die Grundnorm dieser Historiker.

## Kollaborateure als Vorbilder

Lettland stellte 1943 zwei SS-Divisionen auf, die 15. und die 19. Waffen-Grenadier-Division der SS, außerdem 1944 sechs Grenzschutzregimenter. Mit 31.446 Mann beider SS-Divisionen, sechs Grenzschutzregimentern mit rund 12.000 Mann, Schutzmannschafts- und Polizeiregimentern in Stärke von knapp 15.000 Mann sowie 22.000 Mann lettischem Selbstschutz, 12.000 Soldaten in Hilfsdiensten der Wehrmacht und 10.500 in anderen Einheiten standen 1944 rund 110.000 Letten unter Waffen für die Naziokkupanten. Das waren sechsmal soviel Soldaten, wie die lettische Vorkriegsarmee umfaßte.

Aus den Einheiten dieser SS-Männer, Polizisten und Soldaten rekrutierten sich die »Waldbrüder« genannten antisowjetischen Partisanen, über deren Kämpfe Björn M. Felder (Stuttgart) u. a. in einem Artikel »Antikommunismus, gesellschaftlicher Konsens und Widerstand in Lettland 1943–1946« berichtet. Diese »Waldbrüder« wurden keineswegs nur von der Sowjetmacht als faschistische Banditen »dämonisiert«, wie Felder unterstellt, sie waren Faschisten. In den Reihen der SS mordeten sie nach dem Einmarsch der Wehrmacht bestialisch Juden, Kommunisten, Sozialisten und Soldaten der Roten Armee in Lettland und außerhalb seiner Grenzen beim Völkermord an den Juden und beim Antipartisaneneinsatz. Doch für Felder gilt als Axiom: »So war der Partisanenkrieg im Baltikum von 1944 bis 1953 kein »Bürgerkrieg«, wie manche Historiker glauben, also einer meist ideologischen Auseinandersetzung zwischen zwei Parteien innerhalb einer Nation, sondern vielmehr ein Kampf zwischen der autochthonen

Bevölkerung und der sowjetischen Besatzungsmacht, die sich offen als ›russisch‹ bezeichnete (...)« (S. 138).

Für die gegenwärtige lettische Historiographie räumt Felder ein, daß die »Verbindungen des lettischen Widerstands und der Dienststellen der nationalsozialistischen Besatzer« marginalisiert werden. Doch er selbst verfährt kaum anders, wenn er die pragmatische Haltung des von bürgerlichen, nationalistischen Kräften gebildeten Lettischen Zentralrats von 1943 lobt, der sogar die offenen Faschisten der Donnerkreuz-Bewegung einzubinden verstanden hätte.

Die deutsche Sicherheitspolizei war überaus flexibel und vorausschauend, sie etablierte bereits 1943 Organisationen wie Lidumnieks; sie warb Mitglieder des lettischen Untergrunds und versorgte ihn mit Waffen. »Die lettische Kurelis-Armee erhielt praktische Unterstützung allein von deutschen Dienststellen, die bemüht waren, möglichst viele Letten gegen die Sowjets zu mobilisieren« (S. 149). Der Hauptstrom der lettischen Historiographie fragt heute möglichst nicht danach, wo die »Waldbrüder« herkamen, wer ihnen die Waffen und Gelder gegeben hat und welche Verbrechen sie an der Seite der Nazibesatzer auf dem Kerbholz hatten. Das ist der Pferdefuß einer nationalen Traditionsbildung, die auf solche Kollaborateure als Vorbilder zurückgreift.

Hatte das Jahrbuch 2006 den »Großen Terror« 1937/38 und den XX. KPdSU-Parteitag zum Gegenstand, so bietet das jüngste einige interessante und lesenswerte, aber zum Schwerpunkt »90 Jahre Oktoberrevolution« periphere Artikel. Alexander Vatlin (Moskau) prüft die außenpolitische Strategiewende der Bolschewiki im Oktober 1918, als die deutsche Niederlage offenkundig war und die Revolution in Deutschland bevorstand. Gerrit Voerman (Groningen) untersucht eine wenig bekannte Episode der Geschichte der Kommunistischen Internationale (KI): Deren Amsterdamer Büro profilierte sich 1919/20 als ernst zu nehmende Alternative zu dem in Berlin dislozierten westeuropäischen Büro der KI, unterlag aber dessen Konkurrenz. Überaus lehrreich ist eine sozialhistorische Untersuchung von Jerzy Kochanowski (Warschau) zu der Frage, warum die »Fleischkrise« eine Konstante in der Geschichte der Volksrepublik Polen war. Der gegenwärtige Fleischüberschuß bedeute allerdings keineswegs einen Mehrverbrauch, im Gegenteil.

## Hermann Weber präzisiert

Der Mitbegründer des Jahrbuchs Hermann Weber (Mannheim) rafft sich (nach zehn Jahren) zu einem Keulenschlag gegen die von Michael Mallmann 1996 an seiner Geschichtsschreibung über die Stalinisierung der KPD geübte Kritik auf. Mallmann hatte Weber vorgeworfen, mit seiner These von der von außen durchgesetzten Stalinisierung der KPD deren soziale Basis, Rekrutierung und Existenz als radikale Arbeiterbewegung ignoriert und deren eigene innere Entwicklung unterschätzt zu haben. Weber wertet das als »Generalangriff«. Er holt noch einmal weit aus, um seine These aufrechtzuerhalten und geringfügig zu modifizieren: Aufgrund der seither zugänglichen Archivquellen würde er heute die Bedingungen für die Durchsetzung stalinistischer Strukturen in der KPD anders gewichten und zwar die Abhängigkeit der KPD von Moskau als Hauptbedingung an die erste Stelle setzen, dagegen die Apparatherrschaft als »allgemeine Zeiterscheinung« erst an die zweite.

\* *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2007*, hg. von Hermann Weber, Ulrich Mählert, Bernhard H. Bayerlein, Horst Dähn, Bernd Faulenbach, Ehrhart Neubert, Manfred Wilke im Auftrag der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Aufbau Verlag, Berlin 2007, 508 S., 38 €

26.02.2008

## Ehemalige lettische Waffen-SS-Legionäre planen Straßenzug

RIGA, 26. Februar (RIA Novosti). Die ehemaligen lettischen Legionäre der Waffen-SS planen für den 16. März dieses Jahres in Riga einen Straßenzug.

Das teilte ein Vertreter des lettischen Parlaments am Dienstag in Riga mit. Parallel dazu wollten Angehörige linksradikaler Bewegungen gegen den Marsch der früheren SS-Legionäre protestieren. Bislang seien dem Parlament vier Anträge auf die Durchführung öffentlicher Veranstaltungen gestellt worden.

Am 16. März, am Gedenktag der lettischen Legion Waffen-SS, wollen der rechtsradikale „Bund der nationalen Gewalt“, die rechtsradikale Organisation Daugavas Vanadi und die Gesellschaft der Veteranen der Legion demonstrieren. Gegen die Märsche wolle die linksorientierte Gesellschaft der Eigentümer nationalisierter Gebäude mit Juri Kotow an der Spitze protestieren. Das Parlament habe bislang keinen einzigen Antrag gebilligt, sagte der Vertreter.

Märsche der früheren Angehörigen der lettischen Waffen-SS-Legion finden regelmäßig seit 1994 statt. Bis 2001 galt der 16. März als offizielles Datum des Andenkens an die Legionäre und wurde auf staatlicher Ebene begangen. 2001 wurde das Datum auf Initiative der damaligen Präsidentin Vaira Vike-Freiberga von der Liste der staatlichen Feiertage gestrichen.

Am 16. März 1943 hatte die gerade gebildete Legion der Waffen-SS zum ersten Mal an den Kämpfen gegen die Rote Armee bei Leningrad (jetzt Sankt Petersburg) teilgenommen. 2005 ging der Marsch der Legionäre mit einer Prügelei zu Ende, nachdem mehrere Antifaschisten den Straßenzug blockiert hatten. Dutzende Menschen wurden festgenommen. Am 16. März 2006 wurden jegliche Veranstaltungen der Legionäre verboten. Dennoch führte eine Gruppe von National-Radikalen eine Kundgebung durch, die von der Polizei gewaltsam auseinander getrieben wurde. 40 Personen wurden festgenommen und wegen der Störung der öffentlichen Ordnung bestraft. 2007 endete der nicht verbotene Marsch ebenfalls mit einer Straßenschlacht. Die Polizei musste wieder dutzende Menschen festnehmen.

26.02.2008

## Lettland: Radikalnationalisten kommen vor Gericht

RIGA, 26. Februar (RIA Novosti). In Riga ist für den Dienstag eine Gerichtsverhandlung gegen den Chef der extremistischen Lettischen Nationalen Front, Aivar Garda, und seine Mitarbeiterin Liga Muzikante angesetzt, die des Schürens von nationaler Feindschaft beschuldigt werden.

Wie der Lettische Rundfunk berichtete, wurden in der von Garda und Muzikante herausgegebenen Zeitung „DDD“ Schriften veröffentlicht, die laut der lettischen Sicherheitspolizei Aufrufe zum Schüren von Fremdenhass enthalten haben. So wurde unter anderem zur gewaltsamen Abschiebung der Russen aufgerufen, die „Krebszellen der lettischen Gesellschaft“ und „innere Feinde der Republik“ seien.

Darüber hinaus haben Zeitungspublikationen Angriffe gegen die in Lettland lebenden Juden enthalten.

Das Untersuchungsverfahren wegen des Schürens von Fremdenhass war im Jahre 2006 eingeleitet worden. Den beiden Angeklagten drohen Geldstrafen in Höhe von 8.000 bis 12.000 US-Dollar.



07.03.2008

Lettland

## Rechtsradikale Organisation zu Straßenmarsch von Waffen-SS-Veteranen zugelassen



RIGA, 07. März (RIA Novosti). Der Rigaer Parlamentsausschuss für öffentliche Veranstaltungen hat am Freitag vier der fünf Straßenmärsche verboten, die für den inoffiziellen Gedenktag der lettischen Legion Waffen-SS am 16. März in der Hauptstadt Riga geplant waren.

Das sagte ein Vertreter des Parlaments RIA Novosti. Erlaubt worden sei nur die Aktion der rechtsradikalen Organisation Daugavas Vanagi, deren Vertreter laut dem Gesprächspartner von der Domkathedrale bis zum Freiheitsdenkmal marschieren wollen.

Nicht zugelassen wurden hingegen das antifaschistische Komitee Lettlands sowie die linksorientierte Gesellschaft der Eigentümer nationalisierter Gebäude, die gegen den Straßenmarsch protestieren wollten.

Zudem wurden die Anträge der rechtsradikalen Organisation „Bund der nationalen Kraft“ und der nationalistischen Organisation von Igor Schischkin verwehrt.

Die Abweisung der Anträge wurde damit begründet, dass die Vertreter der Organisationen bei öffentlichen Umzügen wegen Verletzung der öffentlichen Ordnung verurteilt worden waren.

Märsche der früheren Angehörigen der lettischen Waffen-SS-Legion finden seit 1994 regelmäßig statt. Bis 2001 galt der 16. März als offizielles Datum des Andenkens an die Legionäre und wurde auf staatlicher Ebene begangen. 2001 wurde das Datum auf Initiative der damaligen Präsidentin Vaira Vike-Freiberga von der Liste der staatlichen Feiertage gestrichen.

Am 16. März 1943 hatte die gerade gebildete Legion der Waffen-SS zum ersten Mal an den Kämpfen gegen die Rote Armee bei Leningrad (jetzt Sankt Petersburg) teilgenommen. 2005 endete der Marsch der Legionäre mit einer Prügelei, nachdem mehrere Antifaschisten den Straßenmarsch blockiert hatten. Dutzende Menschen wurden festgenommen.

Am 16. März 2006 wurden jegliche Veranstaltungen der Legionäre verboten. Dennoch führte eine Gruppe von National-Radikalen eine Kundgebung durch, die von der Polizei gewaltsam auseinander getrieben wurde. 40 Personen wurden festgenommen und wegen Beeinträchti-

gung der öffentlichen Ordnung bestraft. 2007 endete der nicht verbotene Marsch ebenfalls mit einer Straßenschlacht. Die Polizei musste wieder Dutzende Menschen festnehmen.



07.03.2008

## Lettland: Innenminister gegen Straßenmarsch von ehemaligen Waffen-SS-Legionären

**RIGA**, 07. März (RIA Novosti). Der lettische Innenminister Mareks Seglins ist gegen die Veranstaltung eines Straßenmarsches der Veteranen der Waffen-SS am 16. März in Riga aufgetreten. Ihm zufolge provoziert dieses Ereignis Gewalt und verbessert keinesfalls den Eindruck, den die EU von Lettland hat.

„Ich glaube, dass die Beamten des Rigaer Parlaments alle Vollmachten haben, um die Veranstaltungen, die für den 16. März angesetzt sind, zu verbieten. Dort kommen Menschen mit gegensätzlichen Ansichten zusammen, was unweigerlich zu Gewaltakten führt. Ich will ... nicht, dass in den Abendnachrichten gezeigt wird, wie Menschen mit Wasserwerfern auseinander gejagt werden“, sagte Seglins in einem Interview für das Lettische Fernsehen.

Am 16. März, am Gedenktag der lettischen Legion Waffen-SS, wollen der rechtsradikale „Bund der nationalen Kraft“, die rechtsradikale Organisation Daugavas Vanadi und die Gesellschaft der Veteranen der Legion demonstrieren.

Gegen die Märsche will die linksorientierte Gesellschaft der Eigentümer nationalisierter Gebäude mit dem linken Oppositionellen Juri Kotow an der Spitze protestieren. Das Parlament hat bislang keinen einzigen Antrag gebilligt. ...



07.03.2008

## Lettlands Präsident betrachtet Legionäre der Waffen-SS nicht als Nazis

**RIGA**, 07. März (RIA Novosti). Laut dem lettischen Präsidenten Valdis Zatlers versteht die Weltgemeinschaft nicht alle Nuancen der Geschichte, wenn sie die früheren Angehörigen der lettischen Waffen-SS-Legion für Nazis hält.

„Kein einziger lettischer Legionär war ein Nazi oder gehörte der Nationalsozialistischen Partei an“, sagte er am Freitag in einem Interview für den Radiosender SWH im Vorfeld des inoffiziellen Gedenktages der lettischen Legion Waffen-SS am 16. März. Zatlers zufolge hat jeder das Recht, seine Meinung zu geschichtlichen Fragen zu äußern, jedoch müsse von einem überflüssigen Radikalismus Abstand genommen werden.

Von den insgesamt fünf Organisationen, die am Gedenktag Straßenumzüge veranstalten wollten, genehmigte der Rigaer Parlamentsausschuss für öffentliche Veranstaltungen dies am Freitag nur der rechtsradikalen Organisation Daugavas Vanagi. Die Anträge des antifaschistischen Komitees Lettlands sowie der linksorientierten Gesellschaft der Eigentümer nationalisierter Gebäude, die dagegen protestieren wollten, lehnte er jedoch ab.

Zudem wurden die Anträge der rechtsradikalen Organisation „Bund der nationalen Kraft“ und der nationalistischen Organisation von Igor Schischkin verwehrt.

 die tageszeitung

17.03.2008

## SS-Marsch in Riga

### „Gitler kaputt“

Jedes Jahr sorgt der Marsch der früheren lettischen SS-Legionäre für internationale Proteste. Die Bilanz dieses Jahres: Große Polizeipräsenz, ein paar hundert alte Männer

VON ANITA KUGLER



Jedes Jahr das Gleiche: Alte Männer, Blumen und viel Polizei. Foto: ap

**RIGA taz** Jedes Jahr am 16. März herrscht in der Innenstadt von Riga Ausnahmezustand. So auch dieses Mal. Es ist der Erinnerungstag der ehemaligen SS-Legionäre, die im Zweiten Weltkrieg mit der Wehrmacht gegen die Rote Armee gekämpft haben. Viele von ihnen sind nicht mehr am Leben, so ist der Zug übersichtlich. Dafür ist der Bürgermeister Janis Birks dabei, Mitglied der nationalistischen „Vaterlandspartei“.

Etwa 200 alte Männer ziehen, nachdem sie im Dom von Riga gebetet und gesungen haben, zum Freiheitsdenkmal um die mitgebrachten Blumen niederzulegen. Sie wollen ihrer lettischen Kameraden gedenken, die in den Kesselschlachten verblutet sind und denjenigen, die in den sibirischen Straflagern ums Leben gebracht wurden, nachdem die sowjetische Militärpolizei sie als Faschisten zur Zwangsarbeit verurteilt hat. Sie wollen ihnen soldatische Ehre erweisen, mehr nicht.

Es gibt keine Reden, niemand salutiert, keine Abzeichen. Einige Wenige tragen die braune Uniform der nationalistischen „Dünaburg-Falken“ aus den Vorkriegsjahren. Unter Hitler war sie verboten. In der ersten Reihe ein junges Paar in der alten Tracht der Kuren. Mit Filzschuhen, trotz Regen. Es sind viele lettischen Fahnen zu sehen, auch drei estnische und ein litauische, sie werden von jungen Männer mit kurzen Haaren und Lederjacken getragen. Sie gucken streng gerade aus und singen patriotische Lieder. Einer schlägt die Trommel. Vor dem Freiheitsdenkmal bilden sie ein Fahnenpalier, durch das alle gehen müssen, um zum Denkmal zu gelangen.

Die 200 alten Männer und die etwa 1.000 Menschen die mit ihnen gehen, die meisten von ihnen ebenfalls alt und sehr alt, wissen, dass ihr Marsch polarisiert. Lokal. International. In Deutschland und in Russland. Ein Wald von Kameras ist auf sie gerichtet.

Zwei Gegendemonstrationen sind angemeldet. Ihre Teilnehmer sind nicht weniger nationalistisch als die früheren SS-Legionäre. Vielleicht genauso so wie der Bürgermeister, dessen Teilnahme die politischste Manifestation des Tages ist. Es sind junge Russen, etwa 100, alle mit tief ins Gesicht gezogenen Wollmützen und in schwarzen Anoraks. Als die Legionäre an ihnen vorbeiziehen, rufen sie „Gitler kaputt“, so wie es die Soldaten der Roten Armee im Mai 1945 den Deutschen ins Gesicht geschrieen haben. Aber sie rufen auch „fuck off“. Eine Art Pressesprecher der Gruppe erklärt den Umstehenden in Russisch, dass die alten Männer, Nazis seien, SS-Schergen, Mörder, Verbrecher, Handlanger des internationalen Revisionismus. Das sie den wachsenden Neonazismus Vorschub leisten. Oder der Wiedergeburt des Faschismus. Etwas diplomatischer hat dies der russische Botschafter in Lettland, Alexander Veshnyakov, im Fernsehen auch gesagt. Und dass er deshalb dieses Jahr die Augen besonders weit aufmachen würde.

Die Gegendemonstranten wissen oder wollen nicht wissen, dass die allermeisten Männer der „Lettischen SS-Freiwilligen-Legion“ eigentlich tragische Figuren gewesen sind, keineswegs Freiwillige, wie die Deutschen mit Rücksicht auf die Haager Konvention, die die Rekrutierung von einheimischer Bevölkerung besetzter Gebiete verbot, die Formationen nannte. Die „Legionäre“, waren auf Himmlers Befehl 1943 und 1944 für den Fronteinsatz gezogen, weil die eigenen Soldaten schon verbraucht waren. Sie wurden nur dort eingesetzt, wo die Kämpfe besonders grässlich waren. Wie an der Oder, und im Kurland-Kessel. 52.000 Soldaten zählten die 15. und die 19. Lettische SS-Divisionen, fast alle von ihnen zwischen 18 und 22 Jahre alt. Als sie fielen stockte man die Divisionen mit lettischen Jugendlichen auf, die man zum Arbeitsdienst nach Ostpreußen geschickt hatte.

Als auch sie starben, mit Männern, die man wegen leichter Delikte in das KZ Salaspils gesteckt hatte. Es sind nicht die SS-Legionäre gewesen, die mithalfen Juden zu erschießen, Ghettos zu bewachen, Züge in Konzentrationslager zu begleiten, den Aufstand in Warschau niederzuschlagen und die russischen Partisanen zu jagen. Das waren geschlossene lettische Polizeibataillone, die nur aus Freiwilligen bestanden. Zwei ihrer Bataillone mit zusammen 1.002 Mann wurden später in die Lettische Legion eingegliedert. All das wissen die Demonstranten in Riga nicht. Und die Legionäre distanzieren sich auch nicht von den Polizeibataillonen. Es ist so wie in Deutschland. Die Wehrmacht war anständig, nur Einige nicht.

Die jungen Russen pfeifen immer lauter. Aber man kann sich nicht näher kommen. Die Freiheitsplatz ist mit spanischen Reitern abgesperrt. Hinter ihm beginnt der Park und nach wochenlangen Regen ist er glitschig wie eine Eisbahn. Vor den Gittern stehen viele Polizisten. In der ersten Reihe die Ungeschützten mit Namen auf der Uniform. In der zweiten Reihe, die in Kampfmontur ohne Namen. In der Altstadt verteilen sich weitere Hundertschaften. Die starke Polizeipräsenz soll einschüchtern. Man will keine Ausschreitungen wie 2005. Es soll wie 2006 bleiben. Da war es ruhig. Aber das war vor dem Denkmalstreit in Tallinn.

Eine andere Demonstration wird wenig beachtet. Es sind Russen und Letten. Auch sie sind alt aber sie haben aktuellere Probleme als den Faschismus. Sie suchen Aufmerksamkeit, dafür ist der 16. März auch ein guter Tag. Ihre Renten sind zu viel zu mickrig um würdig leben zu können und das geltende Mietrecht erlaube, sie aus ihren Wohnungen herauszuwerfen, ohne ädequaten Ersatz. 50 Prozent der lettischen Bevölkerung bekommen Renten, die unter der festgesetzten Armutsgrenze von 134 Lat (191 Euro) pro Monat liegen, sagen sie. Das Sozialministerium hat diese Zahlen eine Woche vor den Demonstrationen veröffentlicht. Und auch, dass 90 Prozent aller Rentner weniger als 150 Lat im Monat Rente erhalten, obwohl die Lebenshaltungskosten westeuropäisches Niveau erreicht haben.

Nach etwa einer Stunde lockert sich die Situation am Freiheitsdenkmal. Ein alter Mann verkauft seine Erinnerungen an die Legion und das Straflager in Workuta. Sie wären anständige Soldaten gewesen, sagt er, das lettische Volk könne stolz auf sie sein. Sie hätten nicht für die Deutschen, sondern mit den Deutschen gegen die sowjetische Armee gekämpft. Ein früherer „Dünaburg-Falke“ wird von Journalisten interviewt. Hitler und Stalin wären Verbrecher aus dem gleichen Holz, erklärt er, sie hätten damals geglaubt sich von beiden „Teufeln“ befreien zu können. Dafür stehe der 16. März. Denn er erinnert an den Tag im Jahr 1944, an dem die beiden lettischen SS-Divisionen am Fluß Welikaja gegen die vorrückende Rote Armee kämpften und gewannen, während die Wehrmacht schon den Befehl gegeben hatte, sich zurückzuziehen. Für die hinzugetretenen russischen Patrioten, die vielleicht doch Lettisch verstehen, macht das die Sache nur noch schlimmer. Aber sie wissen nicht wohin mit ihrem Protest. „Fuck off“ alleine reicht nicht. Die Kameras blenden ab. Allmählich verlaufen sich die alten Legionäre in der Menge. Es regnet. Die Luft ist raus. Es ist nichts passiert.



24.04.2008

## Lettland: Parlament lehnt Tag der Waffen-SS-Legion als Staatsfeiertag ab

**RIGA**, 24. April (RIA Novosti). Das lettische Parlament hat am Donnerstag den Vorschlag der ultrarechten Fraktion „Vaterland und Freiheit“ abgelehnt, den Tag der Waffen-SS-Legion am 16. März wieder zu einem offiziellen Feiertag zu machen. Das geht aus einer Meldung des Pressedienstes des lettischen Parlaments hervor.

Märsche der früheren Angehörigen der lettischen Waffen-SS-Legion finden regelmäßig seit 1994 statt. Bis 2001 galt der 16. März als offizielles Datum des Andenkens an die Legionäre und wurde auf staatlicher Ebene begangen. 2001 wurde der Feiertag auf Initiative der damaligen Präsidentin Vaira Vike-Freiberga gestrichen. 2005 war ein Marsch der Legionäre in Ausschreitungen ausgeartet, nachdem mehrere Antifaschisten ihn blockiert hatten. Dutzende Beteiligte wurden festgenommen.

Am 16. März 2006 wurden jegliche Veranstaltungen der Legionäre verboten. Dennoch führte eine Gruppe von National-Radikalen eine Kundgebung durch, die von der Polizei gewaltsam auseinander getrieben wurde. 40 Personen wurden festgenommen und wegen Störung der öffentlichen Ordnung bestraft. Im vergangenen Jahr endete der Marsch, der nicht verboten wurde, ebenfalls mit einer Straßenschlacht. Die Polizei musste wieder Dutzende Personen festnehmen.

Am 16. März 1943 hatte die Legion der Waffen-SS zum ersten Mal an den Kämpfen gegen die Rote Armee bei Leningrad (jetzt Sankt Petersburg) teilgenommen.

## SS-Treffen in Lettland verhindern

Die Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) protestiert »gegen SS-Verherrlichung und Geschichtsrevisionismus« und fordert dazu auf, ein SS-Treffen in Lettland zu verhindern:

Am 16. März planen ehemalige Angehörige von SS-Verbänden und Neofaschisten in Riga (Lettland) einen Aufmarsch zu Ehren der Waffen-SS als »nationale Befreier Lettlands«. Die Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) – Bund der Antifaschisten, die Dachorganisation von Vereinigungen ehemaliger Widerstandskämpfer, Partisanen, Deportierten und Internierten sowie Opfern der faschistischen Verbrechen und Antifaschisten heutiger Generationen aus 25 Ländern Europas und Israel fordert den Präsidenten der Republik Lettland und das lettische Parlament auf, dieses Treffen mit allen politischen Mitteln zu verhindern.

Wir erinnern daran, daß durch den Internationalen Gerichtshof von Nürnberg 1946 die SS und alle ihre Einheiten – einschließlich der Waffen-SS – als kriminelle Organisation verurteilt wurden, die für zahllose Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit verantwortlich waren. Dieses Urteil der Gemeinschaft der Völker hat bis heute Gültigkeit. Die jüngste Generalversammlung der Vereinten Nationen unterstrich dies in einer Resolution am 4. November 2008 und kritisierte alle Versuche der Verherrlichung der faschistischen Bewegung und der früheren Angehörigen der Waffen-SS, einschließlich der Errichtung von Denkmälern zur Glorifizierung dieser verbrecherischen Organisationen als »nationale Befreiungsbewegungen«.

Wir erinnern daran, daß die Fundamente des neuen Europas die Gemeinsamkeiten der Anti-Hitler-Koalition und der gemeinsame Kampf gegen die faschistische Barbarei sind. In diesem Europa dürfen weder Geschichtsverfälschung noch Verharmlosung von Naziverbrechern und ihrer Organisationen toleriert werden.

Wir fordern von den politisch Verantwortlichen in Lettland, diesem Treiben mit aller politischen Energie entgegenzutreten.

Wir rufen die demokratischen und antifaschistischen Kräfte in Lettland und darüber hinaus auf, in den verschiedenen Formen der Zivilgesellschaft ihren Protest gegen diese geschichtspolitische Provokation in die Öffentlichkeit zu bringen.

Wir appellieren an die Mitgliedsverbände der FIR und die antifaschistische Öffentlichkeit, durch Schreiben an ihre eigenen Regierungen und die Botschaften Lettlands in ihren Ländern gegen den Skandal eines solchen SS-Treffens zu protestieren.

Wir appellieren an die Abgeordneten des Europäischen Parlaments, ihren politischen Einfluß gelten zu machen, daß dieses SS-Treffen nicht zustande kommen kann. Wer einen angemessenen Platz in der Gemeinschaft europäischer Völker haben will, muß sich gegen faschistische Traditionspflege und Neofaschismus engagieren.

Nie wieder ein SS-Europa!

Lettland

## Veteranen der Waffen-SS marschieren durch Riga

Hunderte Veteranen der Waffen-SS sind in der lettischen Hauptstadt Riga aufmarschiert – trotz eines gerichtlichen Verbotes. Unterstützer feiern die Legion bis heute als Befreier von der sowjetischen Besatzung im Zweiten Weltkrieg. Moskau hingegen sieht die Parade als Affront.



Veteranen der lettischen Waffen-SS sehen dem Aufmarsch einer Ehrengarde in Riga zu – Foto: AFP

**Riga** – Von einem starken Polizeiaufgebot abgeschirmt legten die Veteranen der lettischen Waffen-SS und ihre Unterstützer Blumen am Freiheitsdenkmal im Zentrum von Riga nieder, wie ein Reporter der Nachrichtenagentur AFP berichtete. Ein Gericht hatte am Freitag den Aufmarsch und auch eine für denselben Tag geplante Gegendemonstration untersagt und damit einen Beschluss des Stadtrats bestätigt, der Krawalle befürchtete.

Etwa 1200 Menschen versammelten sich nach Polizeiangaben an dem 1935 errichteten Freiheitsdenkmal, das den Kampf gegen die Vorherrschaft Moskaus symbolisiert. Die Polizei trennte Gegendemonstranten von den Veteranen und ihren Unterstützern, die sich gegenseitig die Parolen „Hitler kaputt“ und „Stalin kaputt“ zuriefen. 13 Menschen wurden festgenommen. Die jährlichen Aufmärsche führten in der Vergangenheit immer wieder zu Konfrontationen. In den vergangenen zwei Jahren blieb es wegen eines massiven Polizeiaufgebots friedlich. Auch im Ausland riefen die Aufmärsche Proteste hervor.

Moskau und die russische Minderheit in Lettland protestierten gegen den Marsch, den sie als Affront gegen die Soldaten betrachten, die gegen die Nazis kämpften. Die Veteranen und ihre Anhänger erklärten dagegen, dass die Legion für Lettlands Befreiung und gegen die damalige Sowjetunion gekämpft habe.

Am 16. März 1944 kämpften lettische Kämpfer der Waffen-SS am Welikaja-Fluss gegen die sowjetische Armee. 1998 hatte das lettische Parlament den 16. März zum Gedenktag erklärt, zwei Jahre später strich der Gesetzgeber den Gedenktag wieder. Für viele Veteranen ist das Datum weiterhin ein informeller Feiertag.

Die lettische Legion der Waffen-SS war Teil der deutschen Waffen-SS, die im Zweiten Weltkrieg gegen die damalige Sowjetunion kämpfte. Nach dem Hitler-Stalin-Pakt von 1939 war Lettland zu Beginn des Zweiten Weltkriegs von der Sowjetmacht besetzt. Nach dem Angriff Deutschlands auf die Sowjetunion 1941 vertrieben die Nazis die Rote Armee aus dem baltischen Staat und wurden von einem Teil der Letten als Befreier gefeiert. Die Nazis ermordeten mit lettischen Kollaborateuren 70.000 der 85.000 lettischen Juden.

*fsc/AFP*

Die Tageszeitung  
**junge Welt** 18.03.2009

## Protest gegen Veteranentreffen der lettischen Waffen-SS



Foto: AP

**Riga.** Trotz eines gerichtlichen Verbotes konnten am Montag dreihundert Veteranen der lettischen Waffen-SS unter Polizeischutz durch die lettische Hauptstadt Riga marschieren. Einige hundert Gegendemonstranten versuchten, die Kranzniederlegung am 1935 errichteten »Freiheitsdenkmal« zu verhindern, drei Antifaschisten wurden festgenommen. Moskau, die russische Minderheit im Land, Widerstandskämpfer, Partisanen, Deportierte und Opfer der faschistischen Verbrechen aus 25 Ländern Europas und Israel hatten den Präsidenten der Republik und das lettische Parlament zuvor aufgefordert, das Treffen der SS-Veteranen zu verhindern.

Lettlands Präsident, Valdis Zatlers, hatte bereits im Mai 2008 erklärt, er halte die lettischen SS-Angehörigen nicht für Nazis. Dagegen erinnerte die Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) daran, daß die SS und alle ihre Einheiten – einschließlich der Waffen-SS – als kriminelle Organisation 1946 durch den Internationalen Gerichtshof von Nürnberg verurteilt wurden. Die gegen die Sowjetunion kämpfende lettische SS bestand aus rund 146.000 Männern, die sich aus Freiwilligen und von den deutschen Besatzern Rekrutierten zusammensetzte. Als Teil der deutschen Waffen-SS war sie am Massenmord an Juden, Russen, Weißrussen und Letten beteiligt. Mehr 70.000 der 85.000 lettischen Juden wurden von deutschen

und lettischen Faschisten ermordet. Auf der anderen Seite kämpften mehr als 130.000 Letten in der Roten Armee für die Befreiung ihrer Heimat von den faschistischen Besatzern.

Am 16. März 1944 kämpften Angehörige der lettischen Waffen-SS am Welikaja-Fluß gegen die sowjetische Armee. 1998 hatte die lettische Regierung deshalb den 16. März zum »Tag des Gedenkens des lettischen Kriegers« gemacht. Nach internationalen Protesten wurde der staatliche Gedenktag zwei Jahre später wieder abgeschafft. Gleichwohl durften seit 1994 bis heute jedes Jahr einige hundert SS-Veteranen und Rechtsextremisten zu Ehren der Waffen-SS als »nationale Befreier Lettlands« aufmarschieren. Trotz massiven Polizeiaufgebots gelang es Antifaschisten, ehemaligen Kämpfern in der Roten Armee und Angehörigen der russischen Minderheit in den vergangenen Jahren immer wieder, die Gedenkfeiern zu stören. Das Verbot des Aufmarsches in diesem Jahr hatte das Gericht mit Angst vor Krawallen begründet. Damit folgten die Richter der Argumentation des Stadtrats. Auch die für den gleichen Tag geplante antifaschistische Gegendemonstration war vom Gericht verboten worden. (jW)

DER STANDARD

07.03.2010

## Riga verweigert SS-Veteranenaufmarsch die Genehmigung

Auch Gegendemos am 16. März untersagt – Verbot im Vorjahr wurde von beiden Seiten ignoriert



Bereits letztes Jahr hat die Stadtregierung den Aufmarsch von SS-Veteranen versucht zu unterbinden – jedoch erfolglos.

**Riga** – Die Stadt Riga hat die seit Mitte der 90er Jahre alljährlich am 16. März stattfindenden Marsch von Veteranen der Waffen-SS heuer abermals verboten. Die Stadtregierung verweigerte am Wochenende auch zwei in angekündigten Gegendemonstrationen die Genehmigung. Ein bereits voriges Jahr gegen die Veranstaltung verhängtes Verbot wurde damals von beiden Seiten ignoriert, es kam jedoch im Vergleich zu früheren Jahren im Vorjahr nur zu kleineren Zwischenfällen.

Das Verbot bezieht sich auf alle in der Nähe des Freiheitsdenkmals geplanten Veranstaltungen am inoffiziellen „Tag der Legion“. Ob der von den ehemaligen Waffen-SS-Veteranen ebenfalls geplante Gottesdienst im Dom zu Riga stattfindet, ist derzeit noch unklar. Es ist möglich, dass die Veteranen versuchen werden, die Genehmigung ihres Marsches beim Verwaltungsgericht bis zum 16. März zu erzwingen oder, wie im Vorjahr, beschließen, das Verbot nicht zu befolgen.

## Krawalle und Ausschreitungen in Vergangenheit

Die Veteranen-Märsche, in den vergangenen Jahren mit Unterstützung jüngerer Angehöriger rechtsextremer und nationalistischer lettischer Organisationen, hatten in der Vergangenheit immer wieder für Krawalle und Ausschreitungen gesorgt. Vor allem Angehörige der russischsprachigen Bevölkerung sehen in den Kundgebungen der ehemaligen SS-Kämpfer einen Affront. Auch international gab es an Lettland und den anderen baltischen Staaten immer wieder Kritik wegen Glorifizierung der militärischen Rolle von SS-Verbänden im Zweiten Weltkrieg.

Das offizielle Lettland verhielt sich in der Vergangenheit gegenüber den Gedenkveranstaltungen zweideutig. Einerseits gab die Regierung den Bemühungen der Nationalisten, den „Tag der Legion“ zum offiziellen Staatsfeiertag zu machen nicht nach. Andererseits wird von offizieller Seite und auch in lettischen Medien stets darauf hingewiesen, dass die Waffen-SS nach dem Krieg im Westen nicht als solche als kriminelle Organisation eingestuft wurde und die lettischen Mitglieder der Legion lediglich – teils freiwillig und teils unfreiwillig – für die Unabhängigkeit Lettlands von der Sowjetunion gekämpft hätten. (APA)

### Lettland

## Innenministerin gegen Marschverbot für SS-Veteranen

RIGA (RIA Novosti) – Lettlands Innenministerin Linda Murniece kritisiert den jüngsten Beschluss des Stadtparlaments Riga, das den jährlichen Marsch der lettischen Waffen-SS-Veteranen verboten hat.



Veteranen der Waffen-SS und ihre Anhänger sind am 16. März in Riga | Foto: RIA Novosti, Oksana Jadan

„Aus meiner Sicht sollte Rigas Parlament die für den 16. März geplanten Veranstaltungen nicht verbieten. Das war eine politische Entscheidung von Bürgermeister Nils Usakovs. Uns lagen keine Hinweise auf mögliche Provokationen vor“, sagte Murniece am Montag RIA Novosti.

Anna Kononowa, Sprecherin des Bürgermeisters, sagte RIA Novosti, Usakovs halte das Verbot für „richtig“ und „begründet“.

Die Ex-Soldaten der lettischen SS-Legion wollen aber trotz des Verbots durch Riga marschieren. Janis Atis Krumins, Leiter der ihnen nahe stehenden Organisation „Daugavas Vanagi“, bestätigte am Montag diese Pläne. Lettische Antifaschisten kündigten für den 16. März bereits Protestaktionen an.

Die ehemaligen lettischen SS-Legionäre veranstalten jährlich ihre Märsche durch Riga. Ihre Einsätze gegen die sowjetischen Truppen während des Zweiten Weltkrieges bezeichnen sie als Freiheitskampf.



09.03.2010

Lettland

## Regierungspartei Zivilunion fordert Aufhebung von Marschverbot für SS-Veteranen



Rigaer Oberbürgermeister Nil Uschakow | Foto: rian

RIGA, 09. März (RIA Novosti). Die nationalistische Partei Zivilunion hat am Dienstag vom Rigaer Oberbürgermeister, Nil Uschakow, und dem Exekutivdirektor der lettischen Hauptstadt, Juris Radzevich gefordert, den Marsch der lettischen Waffen-SS-Veteranen in Riga am 16. März zu genehmigen.

Das Rigaer Stadtparlament hatte am Freitag den Beschluss gefasst, den Marsch zu verbieten. Wie die lettische Internet-Zeitung „Chas“ am Dienstag mitteilte, hat Bürgermeister Uschakow nicht die Absicht, den Beschluss des Stadtparlaments zu revidieren.

Der Beschluss der Rigaer Stadtduma über das Marschverbot für lettische SS-Legionäre verletze das demokratische Grundrecht auf Versammlungsfreiheit, heißt es im Schreiben der Regierungspartei Zivilunion an den Rigaer Bürgermeister. Die lettischen SS-Legionäre sollen nach Meinung der Parteimitglieder nicht gegen die Länder der Anti-Hitler-Koalition, sondern für die Unabhängigkeit der Republik von der Sowjetunion gekämpft haben.

Die Partei Zivilunion ist in der lettischen Regierung vertreten. Der lettische Verteidigungsminister Imants Liegis ist Mitglied dieser Partei. Zuvor hatte auch die Partei Neue Zeit gefordert, den Marsch der SS-Legionäre in Riga zu genehmigen. Seit 1994 werden in Lettland jährlich am 16. März Märsche ehemaliger SS-Legionäre zum Freiheitsdenkmal in Riga veranstaltet.

Im März 2008 erklärte der lettische Präsident Valdis Zatlers, dass er die lettischen SS-Veteranen, von denen viele an Massenermordungen von Juden und Vertretern anderer Nationalitäten in Lettland und Weißrussland teilgenommen haben, nicht für Nazis halte.

Antifaschistische Organisationen Lettlands und die linken Oppositionsparteien versuchen die Märsche mit Protestaktionen zu stoppen, was manchmal mit Unruhen endet. In diesem Jahr haben die die SS-Legionäre unterstützende Organisation Daugavas vanagi, das Antifaschisten-Komitee und eine Privatperson, Juri Kotow, die Genehmigung von Aktionen in Riga für den 16. März beantragt.

Die Kommission für Manifestationen im Rigaer Stadtparlament beschloss, alle Aktionen anlässlich des Jahrestages der Bildung der lettischen Waffen-SS-Legion, darunter den jährlichen Marsch der Waffen-SS-Veteranen, am 16. März zu verbieten. Früher hieß es, dass der Beschluss auf Empfehlung der Rechtsschutzbehörden getroffen worden sei.

Die ehemaligen lettischen SS-Legionäre bezeichnen ihre Einsätze gegen die sowjetischen Truppen während des Zweiten Weltkrieges als Freiheitskampf. Am 16. März 1943 führte die lettische SS-Legion den ersten Kampf gegen die Rote Armee bei Leningrad.



10.03.2010

Moskau warnt:

## SS-Legionäre dürfen nicht als Helden gelten



NEW YORK, 10. März (RIA Novosti). Während einige lettische Politiker und Regierungsbeamte das Marschverbot für ehemalige SS-Legionäre kritisieren, warnt Russland im UN-Hauptquartier vor der „Heroisierung“ von Nazi-Helfern.

„Jeder Staat, der sich zu demokratischen und humanistischen Idealen bekennt, muss jegliche Heroisierung von Nazi-Helfern ablehnen. Das betrifft sowohl ehemalige Waffen-SS-Legionäre als auch weitere Kollaborateure, die Hunderttausende Zivilisten, Kriegs- und KZ-Gefangenen getötet haben“, sagte Ruslan Bachtin, Sprecher der russischen Vertretung bei den Vereinten Nationen.

Jeder Versuch, die Geschichte des Zweiten Weltkrieges zu revidieren, sei unakzeptabel. Man dürfe nicht die Verdienste derjenigen leugnen, die gegen die Nazis gekämpft hätten, betonte Bachtin.

Am 16. März wollen die ehemaligen Soldaten der lettischen Legion der Waffen-SS durch Riga marschieren, obwohl der Bürgermeister diese Aktion verboten hat. Das Marschverbot wurde bereits von Innenministerin Linda Murniece und der im lettischen Kabinett vertretenen Partei „Zivilunion“ kritisiert. Die ehemaligen SS-Legionäre veranstalten jährlich ihre Märsche durch Riga. Ihre Einsätze gegen die sowjetischen Truppen während des Zweiten Weltkrieges bezeichnen sie als Freiheitskampf.

## Waffen-SS-Veteranen dürfen in Riga marschieren

Gericht hob Verbot der Veranstaltung am Montag auf – Auch Antifaschisten dürfen demonstrieren



Zuletzt durften die lettischen Waffen-SS-Veteranen 2008 durch Riga marschieren. Der 16. März gilt unter lettischen Nationalisten als inoffizieller Nationalfeiertag.

Riga – Veteranen der Waffen-SS und ihre Anhänger dürfen am Dienstag in der lettischen Hauptstadt Riga aufmarschieren. Ein Gericht in Riga gab am Montag grünes Licht für den Marsch und auch eine Gegendemonstration wurde genehmigt. Die Stadt hatte zuvor die Anmeldungen der nationalistischen Gruppe Daugavas Vanagi sowie einer antifaschistischen Gruppe aus Sicherheitsgründen nicht erlaubt.

Moskau und die russische Minderheit in Lettland betrachten die Parade als Affront und werfen den Veteranen vor, Nazi-Deutschland zu glorifizieren. Die Veteranen und ihre Anhänger erklären dagegen, sie seien keine Nazis, sondern die Legion habe für Lettlands Befreiung gekämpft.

Am 16. März 1944 kämpften Letten der Waffen-SS am Welikaja-Fluss gegen die sowjetische Armee. 1998 hatte das lettische Parlament den 16. März zum Gedenktag erklärt, zwei Jahre später strich der Gesetzgeber den Gedenktag wieder. Für viele Veteranen ist das Datum weiterhin ein informeller Feiertag.

Die lettische Legion der Waffen-SS war Teil der deutschen Waffen-SS, die im Zweiten Weltkrieg gegen die damalige Sowjetunion kämpfte. Nach dem Hitler-Stalin-Pakt von 1939 war Lettland zu Beginn des Zweiten Weltkriegs von der Sowjetmacht besetzt. Nach dem Angriff Deutschlands auf die Sowjetunion 1941 vertrieben die Nazis die Rote Armee aus dem baltischen Staat und wurden von einem Teil der Letten als Befreier gefeiert. Die Nazis ermordeten mit lettischen Kollaborateuren 70.000 der 85.000 lettischen Juden. Im vorigen Jahr war der Marsch der Waffen-SS verboten worden. Zwei Jahre zuvor blieb es wegen eines massiven Polizeiaufgebots friedlich.

(APA/AFP)

## Erste Festnahmen bei Gedenken an Waffen-SS in Riga

### Zwei Teilnehmer haben antisemitische Parolen gerufen – Großes Polizeiaufgebot

**Riga** – Im Zuge von Kundgebungen anlässlich des inoffiziellen „Tages der Legion“ der lettischen Waffen-SS ist es am Dienstag zu ersten Festnahmen gekommen. Zwei Rechtsextremisten wurden vor dem Rigaer Dom festgenommen, wo sie unter anderem antisemitische Parolen gerufen hatten. Mehrere jugendliche Gegendemonstranten sollen laut den Nachrichtenagenturen LETA und BNS in der Nähe des Freiheitsdenkmals festgenommen worden sein.

Bereits am Vortag war der estnisch-russische Pro-Kreml-Aktivist Mark Sirik am Rigaer Bahnhof festgenommen worden. Er war offenbar zu einer der Gegenveranstaltungen unterwegs und sollte laut Polizeiangaben noch gestern des Landes verwiesen werden.

### Singen und Fahne schwingen

Ein Zug von rund 350 SS-Veteranen und deren Unterstützern bewegte sich am Vormittag nach einem Gedenkgottesdienst im Dom von Riga singend und Fahnen schwingend durch die Altstadt in Richtung Freiheitsdenkmal, wo wie jedes Jahr Blumen und Kränze zum Andenken an die SS-Legionäre niedergelegt werden sollten. Die Polizei war mit einem Aufgebot von mindestens 100 Beamten präsent.

### Verbot in letzter Minute aufgehoben

Die Stadtverwaltung von Riga hatte, wie schon vergangenes Jahr, den seit der Unabhängigkeit Lettlands 1991 traditionellen Aufmarsch sowie geplante Gegendemonstrationen untersagt. Das Verbot wurde von einem Verwaltungsgericht jedoch gestern Nachmittag in letzter Minute aufgehoben. Bürgermeister Nils Usakovs (Nil Uschakow) rief daraufhin vergeblich dazu auf, den Gedenktag zu ignorieren.

Der Aufmarsch hat in der Vergangenheit immer wieder für internationale Kritik gesorgt und zu Zusammenstößen zwischen lettischen Nationalisten und Gegendemonstranten geführt. Vor allem russischsprachige Letten sehen in dem Gedenken an die ehemaligen SS-Soldaten einen Affront. Das offizielle Lettland sieht die Angehörigen der baltischen Waffen-SS-Verbände dagegen großteils als Helden an, die bis zuletzt versuchten, ihre Heimat vor der Okkupation durch die Sowjetunion zu retten.

(APA)

## Lettland

### Waffen-SS-Demonstration ohne große Zwischenfälle

In der lettischen Hauptstadt Riga ist ein Demonstrationzug von Veteranen der Waffen-SS und ihrer Anhänger ohne große Zwischenfälle zu Ende gegangen. Die Polizei war mit einem Großaufgebot präsent. Ihren Angaben zufolge verhinderte sie Zusammenstöße mit Gegendemonstranten.

monstranten. Die lettische Waffen-SS mit rund 140.000 Mitgliedern war Teil der deutschen Waffen-SS. Sie beteiligte sich am 16. März 1944 an Kämpfen gegen die sowjetische Armee. Dieser Tag war vorübergehend offizieller Gedenktag, inzwischen dient er nur noch den Veteranen als informeller Feiertag. Russland und die russische Minderheit in Lettland betrachten die Parade zu der Schlacht als Affront und werfen den Veteranen vor, das nationalsozialistische Deutschland zu verherrlichen. Die Soldaten hingegen erklären, sie seien keine Nazis, ihre Legion habe sich lediglich für Lettlands Befreiung eingesetzt.

## Die Presse 16.03.2010

Lettland

### SS-Veteranen feiern „Tag der Legion“

In lettischen Hauptstadt Riga finden am „Tag der Legion“ Veranstaltungen von Waffen-SS-Veteranen, Rechtsradikalen und Gegnern statt. Ein Demonstrationsverbot wurde aufgehoben.



Lettland: SS-Veteranen feiern / Bild: (c) EPA (Oksana Jadan)

Im Zuge von Kundgebungen anlässlich des inoffiziellen „Tages der Legion“ der lettischen Waffen-SS ist es am Dienstag zu ersten Festnahmen gekommen. Zwei Rechtsextremisten wurden vor dem Rigaer Dom festgenommen, wo sie unter anderem antisemitische Parolen gerufen hatten. Mehrere jugendliche Gegendemonstranten sollen laut den Nachrichtenagenturen LETA und BNS in der Nähe des Freiheitsdenkmals festgenommen worden sein.

Bereits am Vortag war der estnisch-russische Pro-Kreml-Aktivist Mark Sirik am Rigaer Bahnhof festgenommen worden. Er war offenbar zu einer der Gegenveranstaltungen unterwegs und sollte laut Polizeiangaben noch gestern des Landes verwiesen werden.

Ein Zug von rund 350 SS-Veteranen und deren Unterstützern bewegte sich am Vormittag nach einem Gedenkgottesdienst im Dom von Riga singend und Fahnen schwingend durch die Altstadt in Richtung Freiheitsdenkmal, wo wie jedes Jahr Blumen und Kränze zum Andenken an die SS-Legionäre niedergelegt werden sollten. Die Polizei war mit einem Aufgebot von mindestens 100 Beamten präsent.

## Internationale Kritik

Die Stadtverwaltung von Riga hatte, wie schon vergangenes Jahr, den seit der Unabhängigkeit Lettlands 1991 traditionellen Aufmarsch sowie geplante Gegendemonstrationen untersagt. Das Verbot wurde von einem Verwaltungsgericht jedoch gestern Nachmittag in letzter Minute aufgehoben. Bürgermeister Nils Usakovs (Nil Uschakow) rief daraufhin vergeblich dazu auf, den Gedenktag zu ignorieren.

Der Aufmarsch hat in der Vergangenheit immer wieder für internationale Kritik gesorgt und zu Zusammenstößen zwischen lettischen Nationalisten und Gegendemonstranten geführt. Vor allem russischsprachige Letten sehen in dem Gedenken an die ehemaligen SS-Soldaten einen Affront. Das offizielle Lettland sieht die Angehörigen der baltischen Waffen-SS-Verbände dagegen großteils als Helden an, die bis zuletzt versuchten, ihre Heimat vor der Okkupation durch die Sowjetunion zu retten.

(Ag.)



16.03.2010

## Lettische SS-Veteranen marschieren durch Riga – Polizei sorgt für Sicherheit



RIGA, 16. März (RIA Novosti). Die lettischen Sicherheitsorgane sind am Dienstag im Zusammenhang mit dem traditionellen Umzug der ehemaligen Mitglieder der lettischen Legion der Waffen SS sowie mit einer Gegendemonstration der antifaschistischen Organisationen in Riga auf verstärkten Dienst umgestellt worden.

„Wir hoffen das Beste, sind aber auf das schlimmste Szenario gefasst“, sagte die lettische Innenministerin Linda Murniece in einem Live-Interview für die LNT-Fernsehsendung „900 Sekunden“.

Laut der Ministerin sei die Polizei auf eventuelle Provokationen gefasst und werde keine Krawalle zulassen.

Die ehemaligen lettischen SS-Legionäre ziehen jedes Jahr am 16. März durch die Straßen der lettischen Hauptstadt. Das Rigaer Stadtparlament hatte am 5. März anhand von Empfehlungen der Rechtsschutzorgane sämtliche Veranstaltungen zum Gründungstag der lettischen Legion der Waffen SS, darunter den traditionellen Marsch zum Freiheits-Denkmal im Stadtzentrum, verboten. Dieser Beschluss wurde jedoch am Montag vom Rigaer Verwaltungsgericht aufgehoben.

In diesem Jahr hatten die mit den Legionären sympathisierende Organisation Daugavas vanagi, das Lettische Antifaschistische Komitee und ein gewisser Juri Kotow als Privatperson öffentliche Aktionen am 16. März in Riga beantragt.

Nach Angaben der Sicherheitsorgane wollen die Antifaschisten die Teilnehmer des SS-Marsches mit Tomaten und Eiern bewerfen.

Laut Murniece liegen den Sicherheitsbehörden Informationen über eine Gruppe von Provokateuren aus Estland vor. Eine auf der „schwarzen Liste“ stehende Person, die am Dienstag trotz gerichtlichen Verbots nach Lettland einreiste, sei festgenommen worden und werde bis Donnerstag in Gewahrsam gehalten.

Die Ministerin teilte mit, dass das Freiheits-Denkmal von einem verstärkten Polizeiaufgebot abgeschirmt ist.

**RP ONLINE**

16.03.2010

Riga

## Proteste gegen Waffen-SS-Gedenken

Riga (RPO). Mehrere hundert Menschen haben am Dienstag in Riga gegen eine Gedenkveranstaltung für die lettischen Mitglieder der Waffen-SS demonstriert. An der Zeremonie nahmen rund 1.000 Menschen teil, darunter 200 SS-Veteranen.

Die Gegendemonstranten forderten auf Plakaten den Stopp des Marsches und erinnerten an die Gräueltaten der Nationalsozialisten im besetzten Lettland. Ein Gericht hatte den Aufmarsch und eine Gegendemonstration am Montag genehmigt.

Die Veteranen legten Kränze nieder und sangen patriotische Lieder unter der lettischen Nationalflagge, während 20 Meter entfernt die Gegendemonstranten lautstark gegen den Aufmarsch protestierte.

Ein Polizeisprecher erklärte, die Veranstaltung sei friedlich verlaufen, allerdings seien sechs Personen wegen diverser Störungen vorübergehend festgenommen worden.

Lettland wurde 1940 von der Sowjetunion annektiert und ein Jahr später von Deutschland besetzt. 1944 marschierte wieder die Rote Armee ein. Die beiden Divisionen der Waffen-SS wurden Anfang 1943 gebildet, als sich das Blatt bereits gegen die deutschen Streitkräfte gewendet hatte. Insgesamt kämpften im Zweiten Weltkrieg 250.000 Letten – entweder auf der sowjetischen oder auf der deutschen Seite. 150.000 Letten verloren ihr Leben.

Am 16. März 1944 hatte die lettische Legion der Waffen-SS am Welikaja-Fluss gegen die sowjetische Armee gekämpft. 1998 erklärte das lettische Parlament den 16. März zum Ge-

denktag, zwei Jahre später strich der Gesetzgeber den Gedenktag wieder. Für viele Veteranen ist das Datum weiterhin ein informeller Feiertag. Im vorigen Jahr wurde der Marsch verboten.

Moskau und die russische Minderheit in Lettland betrachten die Parade als Affront und werfen den Veteranen vor, Nazi-Deutschland zu glorifizieren. Die Veteranen und ihre Anhänger erklären dagegen, sie seien keine Nazis, sondern die Legion habe für Lettlands Befreiung gekämpft.



23.03.2010

Europa

## Veteranen der lettischen Legion der Waffen SS marschierten in Riga

ingesandt von Alex Ost für OnlineZeitung 24.de

Am 16. März 2010, dem Gründungstag der lettischen Legion der Waffen SS, marschierten ca. 1000 Veteranen und Anhänger nach einem Gottesdienst für gefallene Legionäre durch Riga und legten am Freiheitsdenkmal Blumen nieder. Die Polizei schirmte den Marsch vor Gegen-demonstranten aus Mitgliedern mehrerer antifaschistischer Organisationen ab. Der jährlich stattfindende Marsch sorgt immer wieder für politische Diskussionen. Der Bürgermeister der Stadt Riga Nils Usakows verbot den Marsch aber die lettische Innenministerin votierte dage-gen. Im Selbstverständnis der ehemaligen Legionäre und ihrer Anhänger kämpfte die Legion für die Freiheit Lettlands gegen die damalige Sowjetunion.

Seit der Erneuerung der Unabhängigkeit Lettlands im Jahre 1990 werden die Legionäre von großen Teilen der Bevölkerung als Freiheitskämpfer angesehen. Bis 2000 wurde der 16. März als nationaler Feiertag begangen und dann auf ausländischen Druck aufgehoben.

Die Öffentlichkeit in Lettland ist über die Bewertung der lettischen Legion uneins.

Nach Auffassung der Mitglieder der mitregierenden Partei Zivilunion (stellt auch den Minister für Verteidigung) sollen die lettischen SS-Legionäre nicht gegen die Länder der Anti-Hitler-Koalition, sondern für die Unabhängigkeit der Republik von der Sowjetunion gekämpft haben. Die Partei Neue Zeit hatte die Genehmigung des Marsches gefordert. Der lettische Präsident Valdis Zatlers erklärte 2008 bereits, dass er die SS-Veteranen der lettischen Legion, von denen viele an Massenermordungen von Juden und Vertretern anderer Nationalitäten in Lettland und Weißrussland teilgenommen haben, nicht für Nazis halte. Antifaschistische Organisationen Lettlands sowie linken Oppositionsparteien, versuchen jedes Jahr die Märsche mit Protestaktionen zu stoppen.

Im Zweiten Weltkrieg wurden nach der deutschen Besetzung Lettlands ab 1941 Freiwillige für den Kampf gegen die Sowjetunion geworben. Der männliche Teil der lettischen Bevölkerung unterlag später der Wehrpflicht und diente in deutschen oder lettischen Verbänden.

Nach der Niederlage in der Schlacht von Stalingrad genehmigte Hitler die Aufstellung einer lettischen Legion. Dafür wurde auf vier lettische Bataillone, die bereits schon zuvor im Rahmen der 2. SS-Brigade zum Einsatz gelangten, zurückgegriffen und mit Freiwilligen und Gemusterten verstärkt. Im Ergebnis wurde die 15. und 19. Waffen-Grenadier-Division der SS aus lettischen Staatsangehörigen gebildet und eingesetzt.

1943 und 1944 wurden lettische Strafkommandos der Sicherheitspolizei SD, die sich an zahlreichen Kriegsverbrechen beteiligten, eingegliedert. Die 15. Division wurde auf lettischen Boden aufgerieben und nach der Neuaufstellung später in Pommern vernichtet. Teile der Division begingen Kriegsverbrechen an polnischen Soldaten.

Die 19. Division kapitulierte im Kurlandkessel und geriet in sowjetische Gefangenschaft.

Einige ehemalige Legionäre kämpften bis ca. 1953 als Partisanen gegen die sowjetische Besetzung weiter. Nach der Unabhängigkeit Lettlands wurden diese hauptsächlich als Helden gefeiert.

*Quellen: Baltische Rundschau (Online-Ausgabe März 2010) / Wikipedia*



22.04.2010

## Lettisches Parlament verwehrt antifaschistischen Veteranen Kriegsteilnehmer-Status



**RIGA**, 22. April (RIA Novosti). Die lettische Saeima (Parlament) hat am Donnerstag den Vorschlag der Oppositionspartei „Einheitszentrum“ abgelehnt, den sowjetischen antifaschistischen Veteranen den offiziellen Status eines Teilnehmers des Zweiten Weltkrieges zuzuerkennen. Das erfuhr RIA Novosti am Donnerstag vom Pressedienst des Parlaments.

Nur 24 der 100 Parlamentsabgeordneten haben der Initiative zugestimmt. 60 Abgeordnete votierten dagegen.

Der Status eines Teilnehmers des Zweiten Weltkrieges kommt den Bürgern der Baltischen Republik zu, die von 1940 an gegen die „Besatzungstruppen“ in ihrem Land gekämpft hatten. Die Mitglieder der nationalen Widerstandsbewegung der Republik, darunter viele ehemalige Legionäre der Waffen SS, sind Träger des Status. Sie erhalten vom Staat monatliche Zuschüsse von 50 Lat (100 US-Dollar). Die sowjetischen antifaschistischen Veteranen genießen dagegen keine Sozialleistungen in Lettland.

Die Partei „Einheitszentrum“ gilt seit einem Jahr als die populärste politische Kraft in Lettland.

04.05.2010

## Lettlands Präsident für Vertrauen zu Moskau und gegen Verbot von SS-Veteranen-Märschen



RIGA, 04. Mai (RIA Novosti). Für eine Festigung des Vertrauens zwischen Lettland und Russland hat sich Lettlands Präsident Valdis Zatlers ausgesprochen.

„Auf dieses Vertrauen bauen Geschäftswelt, Familienbande und zwischenstaatliche Beziehungen“, sagte er in einem RIA-Novosti-Interview.

Zatlers, der zu den Feierlichkeiten am 9. Mai anlässlich des 65. Jahrestages des Sieges über den Faschismus nach Moskau reisen wird, stellte fest, dass das Vertrauen zwischen den Staaten in Zukunft helfen wird, frühere Fehler zu vermeiden. Ein positives Beispiel sehe er in der neuesten Wende in den russisch-polnischen Beziehungen.

Wie Zatlers weiter ausführte, dürfen die in Lettland lebenden Veteranen der Sowjetarmee ungehindert Orden und Medaillen aus der Kriegszeit tragen, obgleich es laut dem lettischen Gesetz erforderlich ist, für das Tragen der ausländischen Auszeichnungen eine behördliche Genehmigung zu erfragen.

„Wir zwingen aber die Veteranen nicht dazu. Noch niemand hat ihnen das verboten. Damit hat es noch niemals Probleme gegeben.“

In Lettland leben derzeit zehntausende von Veteranen der Sowjetarmee.

Zu den traditionellen Märschen von Waffen-SS-Veteranen, die jährlich am 16. März in Riga stattfinden und gegen die antifaschistische und linke Organisationen in Lettland protestieren, äußerte der Präsident: „Wir können diesen Menschen nicht verbieten, sich zu versammeln, weil wir ein demokratischer Rechtsstaat sind. Hätten diese Demonstrationen ein Tröpfchen Faschismus bzw. Nazismus enthalten, so wären sie gleich verboten worden. Dort gibt es aber keine Symbolik und keine Reden. Ich denke, in zehn Jahren werden diese Aktionen von selbst, aus natürlichen Gründen, ein Ende haben.“

„Die Faschismus-Ideen waren in Lettland überhaupt niemals populär – weder in den 30-er Jahren, noch während des Krieges oder danach“, fügte Zatlers hinzu. „Diese Ideologie ist uns fremd.“

07.05.2010

## Europa-Parlamentarier mahnt zum Handeln gegen Neofaschismus in Lettland



BRÜSSEL, 07. Mai (RIA Novosti). Der lettische Abgeordnete des Europäischen Parlaments Alexander Mirski hat kurz vor den Feierlichkeiten zum 65. Jahrestag des Sieges im Zweiten Weltkrieg die EU-Länder aufgerufen, neofaschistische Aufmärsche in Riga zu verurteilen.

„Das ängstliche Schweigen in den Mitgliedsländern der Europäischen Union ist ein Verbrechen gegen Millionen von Menschen, die im Zweiten Weltkrieg gefallen sind“, sagte Mirski am Freitag in Brüssel in einer Plenarsitzung des Europäischen Parlaments.

Laut dem Abgeordneten „waren Veteranen der Waffen SS am 16. März dieses Jahres mit schweigender Zustimmung der Behörden mit ihren Flaggen in Riga herumgelaufen und hatten den Gründungstag der Lettischen Legion gefeiert“.

Der Parlamentarier verwies darauf, dass „die lettischen SS-Sonderkommandos 130 Dörfer vernichtet und mehr als 150.000 Einwohner von Lettland, Weißrussland, Polen und Russland ermordet hatten. Heute aber werden sie in Lettland als Helden gerühmt“.

Dabei „tun die Staatschefs der europäischen Länder so, als ob nichts geschehe“, so Mirski.

**DER STANDARD**

30.06.2010

## Rechte Gruppen feiern Nazi-Einmarsch von 1941

### Gericht hob Aufmarschverbot auf – Regierungsvertreter „verwundert und entsetzt“

**Riga** – Rechtsextreme Gruppen wollen in der lettischen Hauptstadt Riga am Donnerstag den Jahrestag des Einmarsches deutscher Truppen 1941 mit einem Gedenkmarsch „feiern“. Grünes Licht dafür gab ein Berufungsgericht, das ein ursprünglich verfügtes Verbot aufhob. Ministerpräsident Valdis Dombrovskis und Außenminister Aivars Ronis erklärten am Mittwoch gemeinsam, sie seien über diese Gerichtsentscheidung „verwundert und entsetzt“.

Bei allem Respekt vor den Menschenrechten und der Unabhängigkeit der Gerichte könne „die Meinungsfreiheit nicht auf Nazi-Propaganda ausgedehnt werden“, hieß es in der Erklärung der beiden Regierungsvertreter. Der geplante Gedenkmarsch findet vier Tage vor einem Besuch des israelischen Außenministers Avigdor Lieberman statt. Lieberman will am Sonntag an einer Zeremonie zum Gedenken an die fast vollständige Vernichtung der jüdischen Bevölkerung Rigas teilnehmen. Im Spätherbst 1941 wurden an insgesamt drei Tagen in den Wäldern von Rumbula in der Nähe von Riga über 27.000 Juden erschossen.

Der Direktor des Simon-Wiesenthal-Centers in Jerusalem, Efraim Zuroff, erklärte: „Die Nazi-Invasion zu feiern, heißt, gleichzeitig auch den Massenmord an all denen zu feiern, die die Nazis in Lettland zu ihren Opfern gemacht haben. Das waren vor allem Juden, aber auch Kommunisten, Sinti und Roma sowie psychisch Kranke.“

Lettland war im Gefolge des Hitler-Stalin-Paktes ab 1939 Teil des sowjetischen „Einflussgebietes“. Am 1. Juli 1941 marschierte dann die deutsche Wehrmacht ein. Das baltische Land wurde nach der deutschen Niederlage im Zweiten Weltkrieg zur Sowjetrepublik, bis es 1991 die nationale Unabhängigkeit erlangte. Der offiziellen Sprachregelung zufolge war Lettland 40 Jahre lang von der Sowjetunion „okkupiert“. (APA)

**KURIER**

05.10.2010

## SS-Veteran im lettischen Parlament

Der 86-jährige Visvaldis Lacis – Mitglied der rechtsextremen Formation „Alles für Lettland“ – ist Veteran der Waffen-SS



Visvaldis Lacis (hier neben den Silhouetten von Hitler und Stalin) ist stolz auf seine SS-Vergangenheit.

Lettland wird von seiner Vergangenheit eingeholt. Mit dem Einzug des rechtsextremen Formation „Alles für Lettland“ in das Parlament von Riga, wird einer der 100 Sitze von einem Veteran der Waffen-SS belegt. „Alles für Lettland“ wurde als Teil des Nationalistischen Bündnisses VL-TB/LNNK in die Saeima gewählt.

Visvaldis Lacis, mittlerweile 86 Jahre alt, gehörte während des Zweiten Weltkrieges der vorwiegend aus lettischen Freiwilligen gebildeten 19. Waffen-Grenadier-Division der SS an und ist einer von sieben Abgeordneten aus dem rechtsextremen Lager. Er wurde in der Vergangenheit mehrfach für seine Verdienste um die Unabhängigkeit des baltischen Staates geehrt.

## Veränderung

Mehrere Politiker des rechtsliberalen Bündnisses „Einheit“ (Vienotiba) von Ministerpräsident Valdis Dombrovkis äußerten angesichts der internen Kräfteverschiebung beim bisherigen Koalitionspartner Vorbehalte.

Der frühere – und vielfach wieder als kommender gehandelte – Außenminister Artis Pabriks verglich „Alles für Lettland“ mit den rassistisch angehauchten „Schwedendemokraten“, die vor rund zwei Wochen in den Schwedischen Reichstag gewählt wurden.

Auch „Einheits“-Vizechefin Solvita Aboltina distanzierte sich am Dienstag von den Nationalisten. Sie deutete an, dass eine Fortsetzung der Regierungszusammenarbeit mit der Gruppierung trotz vorheriger Ankündigung von Ministerpräsident Dombrovskis keineswegs länger eine ausgemachte Sache sei.

## Regierungsbildung

Dombrovskis vereinbarte am Montag Koalitionsverhandlungen mit dem sozialdemokratischen „Harmoniezentrum“, das bei den Wahlen elf Mandate in der Saeima dazugewonnen hatte. Es ist das erste Mal seit 1991, dass erwogen wird, eine von russischsprachigen Letten dominierte Partei in die Regierung aufzunehmen.

Verschiedenen Medienberichte der vergangenen Tage zufolge gab es Druck auch aus dem Ausland – darunter den USA, Russland, aber auch aus Schweden und der EU – auf Dombrovskis, eine breite und stabile Koalition unter Einbindung des Harmoniezentrum auf die Beine zu stellen



## Ehemaliger SS-Mann leitet Parlamentskommission in Lettland

Der ehemalige Angehörige der lettischen Legion der Waffen-SS Visvaldis Lacis ist am Montag zum Vorsitzenden einer Kommission im lettischen Parlament gewählt worden.

Für Lacis stimmten acht Mitglieder der Kommission für die Umsetzung des Gesetzes über die Staatsbürgerschaft, fünf waren dagegen, eines enthielt sich der Stimme, hieß es in Riga. Lacis, der während des Zweiten Weltkrieges freiwillig der lettischen SS-Legion beigetreten war, vertritt im Parlament der baltischen Republik die rechtsextreme Formation „Alles für Lettland“.

Rund 44 Prozent der 2,3 Millionen Einwohner Lettlands sind russischsprachig. Etwa 400.000 von ihnen haben keine lettische Staatsbürgerschaft und dürfen daher weder an den Wahlen teilnehmen noch in staatlichen Strukturen arbeiten. Laut lettischem Gesetz werden Einwohner der Republik, deren Ahnen vor der Aufnahme Lettlands in den Staatsverband der Sowjetunion 1940 im Land ansässig waren, automatisch Bürger Lettlands. Die Einwohner, die 1940 bis 1991 in die Republik gekommen sind, „genießen“ den Status von Nicht-Bürgern.

## USA gewährten Nazis Unterschlupf

US-Geheimdienste haben nach dem Zweiten Weltkrieg Nazis und Kollaborateuren des Hitler-Regimes Zuflucht gewährt, schreibt die Zeitung „Nesawissimaja Gaseta“ am Montag.

US-Geheimdienste haben nach dem Zweiten Weltkrieg Nazis und Kollaborateuren des Hitler-Regimes Zuflucht gewährt, schreibt die Zeitung „Nesawissimaja Gaseta“ am Montag. Ein vier Jahre lang geheim gehaltener Bericht des US-Justizministeriums liegt der Zeitung „New York Times“ vor.

In dem 600 Seiten umfassenden Report taucht auch der Name Otto von Bolschwing auf, Mitarbeiter des Nazi-Verbrechers Adolf Eichmann. 1954 fand Bolschwing in den Vereinigten Staaten Zuflucht und eine Anstellung beim US-Geheimdienst CIA.

Bolschwing war als Spezialist für die US-Geheimdienste zwar wertvoll, dennoch war man beunruhigt, dass seine dunkle Vergangenheit enttarnt werden könnte. Im Jahr 1981 beschloss das US-Justizministerium, Bolschwing auszuweisen. Noch im selben Jahr starb er im Alter von 72 Jahren.

„Die USA, die stolz darauf sind, Verfolgten die Zuflucht zu gewähren, verwandelten sich in geringem Ausmaß in einen Zufluchtsort für die Verfolger“, zitierte die „New York Times“ den US-Bericht.

Was bedeutet „in geringem Ausmaß“? Vor Erscheinen des Berichts war man davon ausgegangen, dass sich etwa 10.000 Nazis in den USA versteckt hatten. In der Tat ist die Zahl viel niedriger. Unter ihnen befanden sich auch Prominente des Dritten Reichs - beispielsweise Arthur Rudolph, Chef der Raketenfabrik Mittelwerk, wo er Zwangsarbeiter eingesetzt hatte. Die USA drückten ein Auge zu und gewährten dem Raketeningenieur die Zuflucht. Rudolph gilt als Vater der Saturn-5-Rakete.

Dennoch haben die USA nicht das Ziel gehabt, alle Nazi-Kollaborateure von der Strafe zu befreien. Etwa 300 Nazis wurden des Landes verwiesen.

Zudem gab es einen Konflikt zwischen dem US-Justizministerium und der Schweiz, als sich herausstellte, dass Schweizer Banken Gold bei den Nazis gekauft hatten. Der Schmuck stammte von Juden, den Holocaust-Opfern. Die Schweiz musste zugeben, an diesen „Transaktionen“ beteiligt gewesen zu sein.

*2000 hatten die USA die lettischen Behörden dazu aufgerufen, verdächtige Nazi-Verbrecher zu verfolgen. Der US-Appell verhallte in Riga.*

## Lettisches Gericht genehmigt Kundgebung von SS-Veteranen

Riga (dpa) – Ein Gericht in Riga hat am Dienstag eine umstrittene Kundgebung lettischer Veteranen der Waffen-SS genehmigt. Es hob damit ein Verbot des Stadtrats auf. Die SS-

Veteranen wollen am Mittwoch durchs Zentrum von Riga ziehen. Die Gedenken zum «Tag der Legionäre» am 16. März lösen jedes Jahr Kontroversen und Proteste aus.

Die Demonstranten wollen an die rund 140.000 Letten erinnern, die im Zweiten Weltkrieg auf deutscher Seite gegen die Sowjetunion kämpften. Lettland war 1940 von der Roten Armee besetzt worden. Nach dem Einmarsch der Wehrmacht ein Jahr später sahen viele Letten die Deutschen als Befreier. Viele schlossen sich der «Lettischen Legion» an, einer Einheit der Waffen-SS. Lettland erlangte erst nach dem Zerfall der Sowjetunion 1991 seine Unabhängigkeit zurück.

Kritiker sehen in dem Gedenken eine Verherrlichung des Nationalsozialismus. Das Simon-Wiesenthal-Zentrum forderte von der lettischen Führung eine klare Verurteilung. «Es bedarf eines mutigen lettischen Führers, der seinem Volk sagt: Dies sollten keine Helden eines demokratischen Mitglieds der Europäischen Union sein», sagte Sprecher Efraim Zuroff der Nachrichtenagentur dpa.

einszweidrei   
123recht.net

15.03.2011

## Lettisches Gericht erlaubt Marsch von Waffen-SS-Veteranen in Riga

### Bürgermeisteramt hatte Parade zuvor verboten



Lettland: Waffen-SSler dürfen wieder aufmarschieren / Bild: Archivbild: Ehemalige SS-Mitglieder marschieren in Riga auf (c) EPA (Vitalijs Stipnieks); aus: Die Presse 15.03.2011

Ein Gericht in Lettland hat die für Mittwoch vorgesehene jährliche Parade von Veteranen der Waffen-SS in der Hauptstadt Riga erlaubt. Es kippte damit einen Beschluss des Bürgermeisteramts, das den Marsch aus Sicherheitsgründen untersagt hatte. Dasselbe Gericht hatte in der vergangenen Woche auch eine Gegendemonstration genehmigt, die von der Stadt ebenfalls untersagt worden war.

Russland, die russische Minderheit in Lettland und lettische Antifaschisten sehen in dem Aufmarsch eine Provokation und werfen den Veteranen vor, Hitler-Deutschland zu glorifizie-

ren. Die Veteranen und ihre Anhänger erklären dagegen, sie seien keine Nazis. Vielmehr hätten sie in den Reihen der Waffen-SS für Lettlands Befreiung von der Sowjetunion gekämpft.

Russland-News 16.03.2011

## Waffen-SS marschiert zum „Gedenktag“ in Riga

**Riga.** Alle Jahre wieder: Am 16. März marschieren ehemalige Angehörige der lettischen SS-Legion durch Riga. Etwa 2.500 Menschen nehmen daran teil. Trotz Protesten wurde der Marsch genehmigt. Zu Zusammenstößen kam es nicht.

Die Pressestelle der Polizei in Riga erklärte am Mittwoch, dass alles ruhig verläuft, meldet RIA Novosti. Außer den ehemaligen SS-Männern nehmen mehrere rechtsradikale Gruppen an dem Marsch teil, der traditionell in einer Blumenniederlegung am Freiheitsdenkmal im Zentrum der lettischen Hauptstadt gipfelt.

War die Kundgebung in den letzten Jahren von vehementen Protesten begleitet, so scheint es heute wenig Widerstand gegen die „Ewiggestrigen“ zu geben. Unweit des Freiheitsdenkmals hat sich nur eine kleine, etwa 70 Teilnehmer starke Gegengruppe eingefunden.

Die lettische SS-Legion kämpfte im Zweiten Weltkrieg auf Hitlers Seite gegen die Rote Armee. Am 16. März 1943 war sie am Fluss Welikaja im Gebiet Pskow gegen die Sowjetarmee aktiv geworden. Dieser Tag war vom lettischen Parlament 1998 zum Gedenktag erklärt worden, der aber nur zwei Jahre Bestand hatte.

Viele Veteranen nehmen ihn aber bis heute zum Anlass, um sich in der Öffentlichkeit zu zeigen. Russland protestiert vehement gegen diese Demonstration nazistischer Gesinnung.

Die Tageszeitung  
**jungeWelt**

17.03.2011

## Lettische SS-Veteranen demonstrieren in Riga



Foto: AP

**Riga.** Unter massivem Polizeischutz sind lettische Kriegsveteranen der Waffen-SS am Mittwoch zu einem jährlich begangenen »Legionärstag« durch die Innenstadt von Riga gezogen. An der Veranstaltung beteiligten sich etwa 2.500 Menschen, die an die Kriegsteilnahme von 140.000 Letten in der SS-»Legion Lettland« an der Seite des faschistischen Deutschlands erinnern wollten. Gegen die Kundgebung protestierte eine kleine Gruppe von Einwohnern. Sie warfen den SS-Veteranen vor, den Faschismus zu glorifizieren und die enormen Opfer der Sowjetunion zu diskreditieren.

Wegen der Beteiligung von Angehörigen der Waffen-SS an Kriegsverbrechen und am Holocaust wurde die Organisation vom Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg zur verbrecherischen Organisation erklärt. Lettlands Innenministerin Linda Murniece sagte der Nachrichtenagentur dpa, der Aufmarsch des SS-Veteranenverbandes schade Lettlands internationalem Ansehen nicht.

*(dpa/dapd/jW)*